Nr. 158. Halle a. S., Mittwoch den 11. Juli 1900. 11. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 2.— Mk.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 Pfennig.

Inserate für die Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7888.

Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Expedition: Geiststr. 21, Hof part. r.

Wie das Volk ausgewuchert wird.

Wir haben vor einigen Tagen mitgeteilt, in welch' unerhörtem Maße die Agrarier die Zölle für Getreide, Vieh und Fleisch hinaufgeschraubt sehen möchten. Das arbeitende Volk Deutschlands soll darnach nicht nur die auf eine Milliarde jährlich gesteigenen Ausgaben für Heer und Marine aufbringen, sondern es soll auch den unsähigen Großgrundbesitzern eine angemessene Bodenernte garantieren.

Außer diesen beiden Schröpfköpfen Junkertum und Militarismus haben sich aber noch diverse Industrieringe gebildet, die gleichfalls nach Kräften die Abhängigkeit des konsumierenden Volkes durch Bewucherung ausnützen. Als einer der keckstien dieser Ringe darf der Zuckerring bezeichnet werden, der seit dem 1. Juni in Thätigkeit getreten ist und schon in den wenigen Wochen seines Bestehens den Preis pro Zentner Zucker um **3 Mark** hinaufgeschraubt hat, ohne daß die Produktionskosten und insbesondere die jämmerlichen Löhne der Arbeiter in den Zuckerfabriken und Raffinerien auch nur um einen Pfennig erhöht worden wären.

Der Zuckerring **verfolgt die ausgesprochene Absicht, den Mindestpreis für Brotzucker**, der voriges Jahr 24.45 Mark pro Zentner betrug, auf **27.75** Mk. bezw. **29.25** Mk. zu erhöhen. Da der Zuckerverbrauch Deutschlands jährlich 14 Millionen Zentner ausmacht, würde die Auswucherung des Volkes durch die Zuckerringe die Kleinigkeit von **42 Millionen Mark** betragen. Einer Familie von fünf Köpfen wird dadurch eine Mehrsteuer von 4 Mk auferlegt.

Der Zuckerring hat auch recht hübsch dafür gesorgt, daß nicht etwa durch zu große Produktion das Angebot zu massig wird, was ein Herabgehen der Preise zur Folge haben müßte. Er hat vielmehr jeder Zuckerraffinerie genau die Menge zugemessen, welche sie im Inlande in den Handel bringen darf. Der Verkauf von Zucker nach dem Auslande ist freigegeben; **nur das deutsche Volk wird von dem patriotischen Zuckerring nach allen Regeln der Kunst ausgewuchert.**

Genügen schon diese Thatsachen, um das Wirken des Zuckerringes genügend zu charakterisieren, so würde das Bild der durch staatliche Ausfuhrprämien geschützten Wucherer doch unvollständig bleiben, wenn nicht noch ein weiteres Moment angegeben würde. Das ist folgendes: Es haben sich zwar 98 Prozent aller Rohzuckerfabriken und Raffinerien dem Ringe angeschlossen, und darunter sowohl die beiden Halleschen Raffinerien wie auch sämtliche in unserem Kreise gelegenen Zuckerfabriken, aber einige der deutschen Zuckerfabriken sind doch ehrlicherweise dem Ringe fern geblieben, freilich von je 100 nur 2. Diese sollen wirtschaftlich durch den Ring erwürgt werden. Von dem Wuchergewinn, der, wie schon gesagt, 42 Millionen Mark jährlich beträgt, müssen 5 Prozent, also 2.1 Millionen Mark zu einem Kampffonds beigesteuert werden, mit dessen Hilfe die dem Ring nicht angeschlossenen Fabriken unterboten werden sollen, bis sie ruiniert sind. Auch hofft man mit diesem Kampffonds die Entstehung neuer Fabriken unmöglich machen zu können.

Das nennt man „nationale Wirtschaftspolitik". Und dieser freche Raubzug auf die Taschen des eigenen Volkes — dem Auslande wird bekanntlich der deutsche Zucker viel billiger geliefert als dem deutschen Volke — darf zu derselben Zeit ungestraft unternommen werden, in welcher ein Arbeiter den ihm bei Lohnbewegungen in den Nacken fallenden Streikbrecher nicht einmal ungestraft beim richtigen Namen nennen darf.

In der That: Deutschland hat alle Ursache, Kultur nach — China zu tragen.

Der Kampf in China.

Die gestrige Alarmnachricht von dem angeblichen Blutbad in Peking scheint sich **nicht zu bewahrheiten**; denn am Montag ist die Meldung eingetroffen, daß Truppen des Prinzen Tsching in Peking eingerückt sind, um die dortigen Europäer zu verproviantieren und zu verteidigen. Ebenso meldet eine am Montag in London eingetroffene Depesche des britischen Kontreadmirals Bruce aus Taku vom Freitag, es bestehe Grund zu der Hoffnung, daß Prinz Tsching mit einer Armee in Peking die Gesandtschaften gegen Prinz Tuan und dessen Armee und die Boxers schütze.

Somit ist im Prinzen Tsching, der eine Gegenrevolution gegen den Prinzen Tuan ins Werk gesetzt hat, den Fremden vorläufig ein Retter erstanden.

In Tientsin haben am letzten Freitag die verbündeten Truppen einen Angriff der Chinesen erfolgreich abgeschlagen. Ein Teil der Ausländer ist aus Tientsin nach Japan glücklich übergeführt worden.

Bedrohlich lauten die Nachrichten aus der Provinz Schantung trotz der Versicherung des chinesischen Gouverneurs, daß er es für seine Pflicht halte, sein Aeußerstes zu thun, um nach Peking Hilfe zu bringen. Ein Teil des deutschen Besatzungskorps ist deshalb zum Schutze des deutschen Kiautschougebiets aus Taku nach Tientsin zurückgekehrt. Ein Uebergreifen des Aufstandes in die Yangtsepromzen wird bisher nicht gemeldet. Der Prinz Tuan hat zwar den Gouverneur von Schantung aufgefordert, Nanking zu besetzen; aber der Vizekönig von Nanking, Liu, ist fremdenfreundlich, und überdies hat auch der sonst wenig zuverlässige Gouverneur von Schantung es abgelehnt, nach Nanking vorzurücken.

Eine Einigung unter den Mächten

über die Beteiligung Japans an der Expedition ist noch immer nicht erfolgt.

Das deutsche Liniengeschwader hat am Montag früh Kiel verlassen. **Der Kaiser tritt am heutigen Dienstag seine Nordlandreise an.** Für Mittwoch ist der Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten einberufen worden.

Die Lage in Peking und Tientsin.

Seit Sonntag lauten die Nachrichten über die Lage der Gesandtschaften in Peking wieder zuversichtlicher. Der Londoner chinesische Gesandte hat am Freitag ein Telegramm Li-Hung-Tschangs erhalten, worin dieser erklärt, er habe guten Grund zu der Annahme, daß die Gesandtschaften unter dem Schutz der Regierung in Sicherheit seien. Der Konsul der Vereinigten Staaten hat am Sonnabend aus Schanghai berichtet, am 3. Juli hätten die fremden Gesandtschaften noch gestanden. Der letzte Angriff der Boxer sei schwach gewesen und die Boxer scheinen den Weg der Aushungerung einzuschlagen. Ein Kurier habe hinzugefügt, die Fremden könnten sich noch lange halten, wenn sie genügend mit Lebensmitteln und Munition versehen seien.

Dem Reuterschen Bureau wird vom Sonnabend aus Schanghai gemeldet, daß nach amtlichen Konsularberichten die Gesandtschaften am **4.** Juli unversehrt waren und die Chinesen den Angriff auf dieselben eingestellt hatten, so daß nur noch befürchtet werde, daß die darin Eingeschlossenen an Nahrungsmangel leiden. Ebenso hat der Gouverneur von Schantung, wie der deutsche Konsul in Schanghai am Sonntag nach Berlin gemeldet hat, berichtet; Die Beschießung der beiden in Peking noch bestehenden Gesandtschaften ließ am 3. Juli infolge starker Verluste der Angreifer nach, so daß die Lage der eingeschlossenen Fremden nicht hoffnungslos wäre, falls Munition und Lebensmittel noch vorhanden.

Nach Angabe eines hohen chinesischen Beamten in Schanghai hätte sich ein Teil der Truppen unter Prinz Tsching den Boxern nicht angeschlossen, vielmehr einen Angriff auf dieselben gemacht.

Bei dieser von Tag zu Tag sich direkt widersprechenden Nachrichten — gestern Blutbad in Peking, heute alles gerettet — ist es einfach unmöglich, ein klares Bild über den Stand des Krieges zu gewinnen. **Allem Anscheine nach wird durch die offiziösen Depeschenbureaus systematisch dahin gearbeitet, die europäischen Völker in einen Kriegstaumel gegen China zu treiben.**

Die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, ihre nüchterne Kaltblütigkeit zu bewahren. Auf die bürgerlichen Kreise ist kein Verlaß mehr; sie sind dem Hurrabazillus gegenüber nicht mehr immun. Selbst wenn es nicht beabsichtigt wäre, so würde das Kriegsgeschrei doch einen Erfolg haben, der allen Reaktionären sehr gelegen käme, nämlich den, die Aufmerksamkeit des Volkes von den inneren Mißständen abzulenken. Das ist ja ein alter Kunstgriff der Diplomatie. Also immer ruhig Blut!

Daß die Sache nicht allzu gefährlich ist, darf man wohl aus der heute begonnenen Nordlandsfahrt Wilhelm II. entnehmen.

Zur Gewehrlieferung nach China ist aus den Handelsausweisen zu entnehmen, daß von Deutschland aus in den drei letzten Jahren zusammen **5091** Doppelzentner Gewehre und **7147** Doppelzentner Schießpulver an China geliefert worden sind. Wird das Gewicht eines Gewehres auf 9 Pfund geschätzt, so daß zu einem Doppelzentner rund 22 Gewehre gehören, so würden in den drei letzten Jahren etwa **112 000 deutsche Gewehre nach China** geliefert worden sein.

Eine weitere Meldung besagt, auf ausdrücklichen Befehl Wilhelm II. sollten die in Stettin und bei Schichau im Bau befindlichen chinesischen Kriegsschiffe weitergebaut werden, nur solle ihre Ablieferung an China bis nach Beendigung der gegenwärtigen Wirren unterbleiben.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 10. Juli 1900.

In einer Ansprache an die China fahrenden Schiffsmannschaften äußerte sich Wilhelm II. am Sonntag dahin, die Leute sollten bedenken, daß sie mit hinterlistigen, aber mit modernen Waffen ausgerüsteten Gegnern kämpfen müßten und vergossenes deutsches Blut rächen sollten. Weiber und Kinder sollten geschont werden. Er werde nicht eher ruhen, bis China niedergeworfen sei und alle Blutthaten gerächt wären. — In der Führung des Krieges ist der Kaiser an die zu diesem Zwecke vom Reichstage bewilligten Mittel gebunden. Er kann den Krieg nicht weiter fortsetzen, wenn ihm keine Mittel zu diesem Zwecke mehr zur Verfügung stehen. — Auffallen muß es, daß Wilhelm II. ausdrücklich auf die Schonung der Weiber und Kinder hingewiesen hat. Man sollte doch meinen, deutsche Soldaten bedürften dieser Aufforderung nicht mehr. Oder doch?

Eine zeitgemäße Erinnerung frischt die Berl. Volksztg. auf, wenn sie der Worte Wilhelm I. bei Annahme der deutschen Kaiserkrone gedenkt, welche lauteten:

„Uns aber und unsern Nachfolgern in der Kaiserkrone wolle Gott verleihen allezeit „Mehrer des deutschen Reiches" zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in Werken des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Krieg im Frieden. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich dieser Tage auf dem Rhein an der elsässisch-pfälzischen Grenze. Einige Stromwärter von Lauterburg fuhren in einem Nachen rheinabwärts, um, wie dies allwöchentlich zu geschehen hat, den Wasserstand der Schiffahrtsrinne festzustellen. Zu gleicher Zeit hielt das 3. Bataillon des in Rastatt (Baden) garnisonierenden Infanterie-Regiments Nr. 25 auf den an den Rhein anstoßenden Gemarkungen von Ottersdorf und Plittersdorf Uebungen im Scharfschießen in freiem Gelände ab, und zwar mit der Schußrichtung nach dem Strom. Als nun der Nachen mit den fünf Männern etwa zwei Kilometer oberhalb der Schiffbrücke Selz-Plittersdorf sich befand, hörten die Insassen in nächster Nähe einige Gewehrkugeln ins Wasser einschlagen. Zugleich sank auch der 20jährige Schiffer Holzer aus Mothern, von einer Kugel getroffen, anscheinend leblos zur Seite. Man brachte den Mann alsbald in einem nahen Stromwärterhaus zu Bett und benachrichtigte den die Schießübungen leitenden Bataillons-Kommandeur von dem Geschehenen. Dieser schickte einen Militärarzt, der durch eine Untersuchung des Getroffenen feststellte, daß die Kugel im Rücken eingedrungen und etwa 5 Zentimeter unter dem Herzen auf der vorderen Brustseite zwischen Haut und Fleisch stecken geblieben war, wo sie von dem Arzte ausgeschnitten wurde. Der Verletzte wurde alsdann ins Spital nach Straßburg übergeführt. Unmittelbare Lebensgefahr scheint für denselben glücklicherweise nicht vorzuliegen. — Der Unfall ist allem Anscheine nach auf ungenügende Absperrung des für die Scharfschießübung bestimmten Terrains zurückzuführen. Unter allen Umständen aber erscheint es uns völlig unverständlich, wie man zu diesem Zweck ein unmittelbar an den Rheinstrom anstoßendes Gelände auswählen konnte, da doch auch den in Frage kommenden Militärbehörden in Baden bekannt sein muß, daß bei dem gegenwärtig sehr günstigen Wasserstande des Rheins täglich zahlreiche Lastkähne und Schleppboote auf der Berg- und Thalfahrt jene Gegend passieren, und daß das Leben der vielfach auch aus den Frauen und Kindern der Schiffsführer bestehenden Besatzung derselben durch solche militärische Uebungen aufs schwerste gefährdet werden muß.

Die ersten Wirkungen, die die gepanzerte Faust in China herbeigeführt hat, schildert die Schles. Zeitung in anschaulicher Weise:

„Deutschen Häusern, die mit Ostasien seit langer Zeit in Geschäftsverbindungen stehen, sind Nachrichten zugegangen, die den Blick auf die wirtschaftlichen Folgen der Wirren in China lenken. Die Geschäfte liegen an der Küste Chinas wie im Innern völlig darnieder. Wenn darunter schon die Exporteure chinesischer Erzeugnisse stark leiden, so werden die Importeure europäischer Waren in noch höherem Maße davon betroffen. Ihre Abnehmer sind hauptsächlich chinesische Firmen; von diesen sind gar keine Zahlungen zu bekommen, auch verstehen es die Chinesen vorzüglich, im geeigneten Augenblick zu verschwinden. Da sie dabei überall im Lande Unterstützung finden, sind sie geradezu unauffindbar. Das Eigentum der Europäer in den Küstenstädten ist in kurzer Zeit auf die Hälfte seines früheren Wertes gesunken. Ein Haus in Hongkong, welches vor zwei Jahren 60000 Dollars kostete, wird jetzt auf 30000 Dollars geschätzt, ist aber auch für diesen Preis ganz unverkäuflich. Diese Krisis birgt große Gefahren für die dort ansässigen Firmen in sich. Kenner der Verhältnisse sehen nach dem Kriege eine allgemeine Finanzkrisis in Ostasien voraus. Im Hinblick auf den großen Umfang und die Bedeutung des europäischen Handels in China verdient diese Seite der Sache ernste Beachtung.

Die sozialdemokratischen Blätter haben diese Folgen vorausgesagt, als das erste Mal sich Kanonen und Kriegsschiffe in die kaufmännischen Beziehungen der Länder mischten. Natürlich schenkte man diesen Warnungen keine Beachtung und so geht es auch hier wieder: Wer nicht hören will, muß fühlen.

Patriotische Geschäfte. Nicht nur Mausergewehre mit dem Stempel Danzig sind in den Händen der Chinesen, sondern auch bairische Gewehre erproben jetzt ihre Durchschlagskraft an den Leibern deutscher und anderer Soldaten in China. Das bairische Kriegsministerium hat jene Gewehre an einen bairischen Offizier a. D. verkauft und dieser hat sie wieder mit Einwilligung des Reichskanzleramtes an China geliefert. Da es sich um Gewehre „älterer Konstruktion" handelt, so wird ihr Wert nach der Augsb. Abendztg. „nicht allzuhoch anzuschlagen" sein. Die Münchener Post bemerkt dazu:

„Nun, jene deutschen Soldaten, die bei den Angriffen auf die chinesischen Verschanzungen die Wirkung der ausgemusterten bairischen Gewehre am eigenen Leibe erfahren mußten, dürften über den Wert und die Tauglichkeit dieser nun chinesischen Waffe etwas ernster urteilen, wie der Offizösjus in der Abendzeitung. Denn manchem jungen Krieger sandten die Chinesen mittels der „ausgemusterten" bairischen Flinten den Todesgruß. Und noch eine Frage: Wer lieferte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190007 11-12/fragment/page=0001

den Chinesen die für die betreffenden Gewehre geeignete Munition? Wohl auch jener Rittmeister B. Liefert er vielleicht jetzt noch?"

Die Fragen sind sehr berechtigt. Nur werden sie, wie so viele andere Fragen, kaum Beantwortung finden. Michel hat nur zu zahlen, im übrigen hat er zu schweigen.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise **Westhavelland**, dessen bisheriger Vertreter der konservative Landrat v. Loebell war, ist nach amtlicher Mitteilung auf Donnerstag, 18. Oktober, anberaumt worden. Bei einer Ersatzwahl vom Jahre 1896 wurde der Wahlkreis Westhavelland-Brandenburg, der zuvor durch freisinnige und nationalliberale Hände gegangen war, von unseren Parteigenossen erobert. Bei den allgemeinen Reichstagswahlen von 1898 ging der Kreis infolge ungeheuerlicher Wahlmißbräuche in der Stichwahl mit 10 708 gegen 10 542 Stimmen an die Konservativen verloren. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen in reineren Wahlen, den Kreis zurückzuerobern. Zeit genug, um die Wahlagitation gründlich betreiben zu können, hat ihnen ja eine wohlwollende Regierung gelassen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Bautzen der Tischler Ed. **Wilsky** aus Großschönau zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Italien. Der Mörder im Talar, dessen wir früher schon gedachten, hat nun seine erste Verurteilung rechtskräftig werden sehen und harrt, nebst hochbeamteten Spießgesellen, einer zweiten Strafzumessung. Der italienische Korrespondent der Berl. Volksztg meldet darüber:

In der Strafsache wider den römischen Priester Don Gratiliano **Pezi** aus Sutri Basano wegen Anstiftung zum Vatermord, wegen Verleitung von zehn Zeugen zum Meineid und falschen Zeugnis, infolgedessen drei Unschuldige über vier Jahre im Zuchthause saßen, ist nunmehr das Urteil des Schwurgerichts von **Viterbo** rechtskräftig geworden. Danach hat Gratiliano Pezi wegen der ruchlosen Anstiftung seiner blindgläubigen Anhänger zu **zehn Meineiden 22 Jahre drei Monate Zuchthaus** zu verbüßen. Vor seiner Ueberführung nach Nisida bei Neapel ist Don Pezi nach dem Brauch der katholischen Kirche („Praxis judiciaria inquisitorum F. Umberti Locati Placentini 1583") feierlich seines Amtes und Charakters als Geistlicher durch den Erzbischof von Viterbo entkleidet worden. Man zog ihm die langen schwarzen Gewänder aus und dafür die grau-gelb-roten des Zuchthäuslers an. Die zweite Gerichtsverhandlung gegen die beiden Brüder Pezi wegen Vatermordes findet im Herbst statt; bis dahin bleiben die Angeschuldigten mit Ketten belastet.

Der Busenfreund, Zechbruder und Teilnehmer an den Orgien des sittenlosen Priesters, der Staatsanwalt Cavalli, ist seines Amtes enthoben und die von der Strafkammer von Viterbo gegen ihn und seine Untergebenen durchgeführte Voruntersuchung so weit abgeschlossen worden, daß das Landgericht Rom nunmehr gegen Cavalli und Genossen die Erhebung der Anklage wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt anordnen konnte. Für die energische Durchführung dieser Untersuchung gegen pflichtvergessene Beamte, welche durch ihre Rechtsbeugung einen himmelschreienden Justizirrtum verursachten, gebührt den abgegangenen Ministern Pelloux und Bonasi die höchste Anerkennung.

Mit der Aberkennung des priesterlichen Gewandes wird die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die frömmste Erziehung Leute von moralischer Verworfenheit nicht vor Verbrechen zu wahren vermag. Und neben dem ruchlosen Meineids- und Mordgesellen der sein Amt verbrecherisch mißbrauchende Staatsanwalt! Welche Säulen für Religion, Sitte und Ordnung!

Parteinachrichten.

— **Internationaler Arbeiterkongreß.** Auf dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris wird auch die japanische Sozialdemokratie vertreten sein. Wie das Parteiorgan Class Struggle (Klassenkampf) in San Francisco, Kalifornien, schreibt, ist Genosse Murai, der Generalsekretär der sozialistischen Arbeitervereine Japans, auf der Reise nach Paris zum Kongreß in San Francisco eingetroffen. Er spricht fließend englisch und wird in den Vereinigten Staaten verschiedene Vorträge über die Bewegung in Japan halten.

— **Redaktionswechsel.** In der Redaktion der Tribüne in Erfurt findet zum 1. August ein teilweiser Wechsel statt. An Stelle des Genossen May, der, wie bereits gemeldet, die Redaktion der Bergischen Arbeiterstimme übernimmt, tritt als Redakteur des provinziellen und gewerkschaftlichen Teiles der Genosse Richard Leyn, der gegenwärtig noch als Redakteur des Saarfelder Volksblattes thätig ist. Redakteur des politischen Teiles der Tribüne bleibt nach wie vor Genosse Heinrich Schulz. Lokalredakteur Genosse Hermann Pappe

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 10. Juli 1900.

* **Zur Beachtung für die Genossen in kleineren Ortschaften.** Zu wiederholten Malen ist es schon vorgekommen, daß Gesangvereine, Turnklubs, Vergnügungsvereine oder sonstige vollständig unpolitische Vereinigungen ihre Statuten der Ortsbehörde **„zur Genehmigung"** eingereicht haben. Das ist ein großer Fehler, der für die Beteiligten recht nachteilige Folgen haben kann. Nach § 2 der preußischen Verordnung vom 11. März 1850, die wir als **Vereinsgesetz** zu bezeichnen uns angewöhnt haben, sollen nur die Vorsteher solcher Vereine,

welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken,

die Statuten des Vereins und ein Mitgliederverzeichnis binnen drei Tagen nach Gründung des Vereins einreichen und ebenso von den Aenderungen der Statuten oder im Mitgliederbestande in gleicher Frist der Ortspolizeibehörde **Kenntnis** geben. Von einer **Genehmigung** der Statuten ist also selbst bei diesen sogenannten **politischen Vereinen nicht die Rede.** Zu genehmigen hat die Polizei die Statuten von Zwangs-Krankenkassen, aber bei den Statuten der politischen Vereine hat sie gar nichts zu genehmigen, sondern sie sind ihr nur zur **Kenntnisnahme** einzureichen. Diese Einreichung von Statuten wird aber **nicht** verlangt **und hat deshalb ein für allemal zu unterbleiben, wenn es sich um einen Gesang-**, Turn- oder Vergnügungsverein handelt oder gar um einen Spielklub, diese Vereine können zwar Statuten entwerfen, aber die Polizei hat sich weder um den Verein noch um seine Statuten zu kümmern. — Dadurch, daß auch von solchen ganz unpolitischen Vereinen voreiligerweise Statuten eingereicht werden, glaubt sich die Polizei, die oft genug im Vereinsgesetz ebensowenig Bescheid weiß, wie unsere lieben Freunde, zu allerlei lästigen Maßnahmen und Ueberwachungen berechtigt.

Nun ist es zwar schon vorgekommen, daß selbst simple Gesangvereine zu politischen Vereinen gestempelt und dem Vereinsgesetz unterstellt worden sind, doch darf kein Verein durch freiwillige Einreichung der Statuten dieser willkürlichen Ausdehnung des Vereinsgesetzes noch Vorschub leisten, und wenn die Polizei ihn als politisch erklären wollte, so sollte jeder Verein unbedingt die gerichtliche Entscheidung bis in die letzte Instanz anrufen. **Es heißt ausdrücklich im angezogenen § 2, ein Verein müsse die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken;** ein solcher ausgesprochener Vereinszweck ist damit noch lange nicht gegeben, wenn ein Gesangverein einmal politisiert oder örtliche Angelegenheiten in den Bereich eines zufälligen Diskurs zieht. Man gebe also der Polizei nicht noch größere Macht, als sie ohnehin schon besitzt und reiche keine Statuten ein, wenn's nicht notwendig ist.

* **Der Wirt der Kaiser Wilhelmshalle** sendet uns folgende Zuschrift:

Die Kritik in Nr. 156 Ihres Blattes auf meinen Brief an den Stadtverordneten Herrn Krüger könnte den Anschein erwecken, daß ich nur dem Sozialdemokratischen Verein oder der Partei meinen Saal zur Abhaltung von politischen Versammlungen verweigere. Dies soll aber nicht der Fall sein. Nach meinen bisherigen Erfahrungen mit politischen Versammlungen habe ich jetzt das Prinzip gefaßt, meinen Saal für jede politische Versammlung, mag sie auch heißen, wie sie will, nicht mehr herzugeben.

Im Interesse meines Geschäftes bitte ich dies zu veröffentlichen.

Hochachtend

Wilh. Lehmann.

Wir haben keinen Augenblick gezweifelt, daß dem so ist. Herr Lehmann glaubt eben, damit, daß er keiner politischen Partei seinen Saal zur Verfügung stellt, einen Weg gefunden zu haben, der es ihm ermöglicht, mit dem Herrn Renthe gen. Fink sowohl wie mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gut Freundschaft zu halten. Darin täuscht er sich freilich.

* **In den Ausstand getreten** sind gestern nachmittag sämtliche Schlosser und Dreher der Firma **Bertram, Teigteilmaschinenfabrik, Thorstraße Nr. 61. Es handelt sich um** Differenzen betreffs Anstellung eines neuen zweiten Meisters. Der Schlosser **Reichenbach**, der früher allerdings in jener Fabrik in seinem Berufe beschäftigt wurde, zuletzt aber an einem Bohrwerke stand, das gewöhnlich von **ungelernten Arbeitern** bedient wird, hat sich wiederholt den sämtlich dort beschäftigten Metallarbeitern gegenüber mißliebig gemacht. Er war derjenige, der wiederholt Ueberstunden machte, obwohl die sämtlichen übrigen Kollegen die 10stündige Arbeitszeit einhielten. Er war auch derjenige, der am 1. Mai, als sämtliche Gesellen die Arbeit ruhen ließen, arbeitete. Herr Bertram hat sich ihm gegenüber — obwohl er von der Schlosserei nicht viel verstehen soll, denn sonst hätte er sich nicht an ein Bohrwerk stellen lassen — **erkenntlich** gezeigt. Obwohl er bei den 24 Gesellen schon einen älteren Meister, mit dem die Leute **sehr gut** ausgekommen sind, beschäftigt, wollte er einen zweiten „Meister" anstellen, der womöglich den älteren bewährten Mann aus seiner Stellung gebracht hätte. Das wollten und konnten sich die Metallarbeiter nicht gefallen lassen. Sie stellten die Sache dem Herrn Bertram vor, wiesen darauf hin, daß der Mann, der nur an der Bohrmaschine arbeiten konnte, nicht in der Lage sei, Arbeit zu beurteilen. Herr Bertram entgegnete: **„Und wenn ich einen Schuster einstelle; das kostet mein Geld und kann Ihnen ganz egal sein."** Darauf legten sämtliche Gesellen die Arbeit nieder. Von den 24 Streikenden sind 23 organisiert. Auch hierzu wird die heutige Versammlung im Hofjäger Stellung nehmen und Herr Bertram wird ja sehen, ob ihm der Industriellen-Verband, dessen Mitglied er ist, seine eingeübten Spezialarbeiter durch Systemänner ersetzen kann.

* **Nochmals die Krankenkasse der hiesigen Bauinnung.** Weil ein Arbeitersekretariat ein Schreiben anfertigen zu lassen, deshalb soll er kein Krankengeld erhalten. Der Sachverhalt ist folgender: **Ein Arbeiter verunglückte eines Tages, worauf der Unternehmer eine Droschke holen ließ mit dem Bemerken, der Arbeiter möge sich nach der Klinik fahren lassen.** Der Arbeiter glaubte, nicht so schwere Verletzungen davon getragen zu haben und wollte lieber sich nach Haus fahren lassen. Der Polier sagte noch, ja, das könne er. Der Frau des Arbeiters wurde, als sie den Krankenschein holte, auf dem Kassenbureau erklärt, sie könne dann jeden Sonnabend das Krankengeld holen. Zu ihrem Erstaunen wurde jedoch das Krankengeld am ersten Sonnabend verweigert mit dem Bemerken, der Kranke sei nicht auf Aufforderung des Unternehmers in die Klinik gefahren. Darauf wurde seitens des Arbeitersekretariats der Frau ein Schreiben an die Kasse ausgefertigt und auf Grund des Statuts das Krankengeld verlangt. Trotzdem mit Klage gedroht wurde, erhielt der arme Familienvater sein Krankengeld nicht. Nun versuchte der Unternehmer, bei dem der Arbeiter verunglückt, die Kasse zur Zahlung zu bewegen, jedoch ohne Erfolg; denn wie es heißt, soll nur das Schreiben des Arbeitersekretariats schuld sein an der Verweigerung. Ach, wie kleinlich! Dies sollte man einfach für unmöglich halten. Weshalb zahlte denn die Kasse nicht gleich, dann hätte der arme Familienvater sich nicht erst an das Arbeitersekretariat zu wenden brauchen? Dieser Fall beweist so recht, wie notwendig eine derartige Einrichtung für Halle war. Zum Schluß soll noch verraten werden daß dem Arbeiter dringend angeraten worden ist, nunmehr gerichtlich gegen die Kasse vorzugehen.

* **Zum Stadtschulrat** wurde in der gestrigen geschlossenen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung Herr Rektor **Brendel**-Brandenburg mit 27 Stimmen gewählt. Von den beiden anderen noch zur engeren Wahl zugelassenen Bewerbern erhielt Herr **Dr. Gerth**-Bielefeld 12 Stimmen, während für Herrn **Dr. Kaude**-Berlin **keine** Stimme abgegeben war. Dagegen hatte Herr **Dr. Wohlrabe**-Halle 6 Stimmen erhalten, obgleich sich derselbe um die Stadtschulratstelle **nicht** beworben hatte. Im ganzen waren 60 Meldungen eingegangen. — Hierauf wurde von der Versammlung noch die Anstellung von acht Assistenten gutgeheißen.

* **„Liebet die Brüder!"** Die Frau des ehemaligen Staatsministers v. Bötticher veröffentlicht folgenden Aufruf:

Die erschütternden Nachrichten, welche über die Greuelthaten, denen unsere Landsleute und Glaubensgenossen in China zum Opfer gefallen sind, zu uns dringen, bewegen die Herzen unseres Volkes auf das schmerzlichste. Während unsere braven Seeleute und Truppen auf den **Befehl unseres geliebten Kaisers** ausziehen, um die brutale Unbill, welche unseren Brüdern und Schwestern im fernen Osten und damit dem ganzen Volke angethan ist, zu **sühnen**, gilt es für die Heimbleibenden, Herzen und Hände zu öffnen, um das über die Familien gekommene namenlose **Elend** zu lindern, die Thränen der Angehörigen zu trocknen und die Beschwerden zu erleichtern denen unsere kampfesmutigen Matrosen und Soldaten bei der Erfüllung ihrer großen Aufgaben ausgesetzt sind. Es liegt insbesondere den vaterländischen Frauenvereinen, deren schöner Beruf es ist, der Not, wo sie sich zeigt, zu wehren, bei Zeiten Mittel für diesen Zweck herbeizuschaffen, und nicht müde zu werden in der Arbeit für die fernen Kämpfer und Dulder. Nicht nur unser **Gebet** soll sie begleiten, sie sollen auch thatkräftige Beweise der warmen Teilnahme empfangen, welche in allen Schichten des Volkes sich regt. Deshalb richten wir an die unserem Verbande angehörigen Vereine, aber auch darüber hinaus an alle Bewohner unserer Provinz die freundliche und dringende **Bitte, uns durch reichliche Gaben bei dem Werke zu unterstützen, welches wir treiben wollen, eingedenk des göttlichen Gebotes:**

„Liebet die Brüder!"

Gegen die Sammlungen zu dem angegebenen Zwecke ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Es ist aber ungemein charakteristisch für unser modernes Christentum, daß das biblische Wort: **Liebet die Brüder!** gerade von den Leuten im Munde geführt wird, die dem Rachezug Deutschlands gegen den bezopften Mann begeistert zustimmen. **Mein ist die Rache! spricht der Herr**, so hat Jesus bekanntlich gesagt.

* **Der Maurer Hermann Richter,** Kleine Brauhausstraße 23, bittet uns zu erklären, daß er mit dem am 6. Juli von der Strafkammer abgeurteilten Maurer Richter nicht identisch ist.

* **Wie reklamiert man seine Zeitung?** Wenn die Zeitung nicht regelmäßig eintrifft, so können die Postabonnenten nur bei ihren Postanstalten reklamieren, schriftlich oder mündlich, unter Angabe der Umstände, die zu der Beschwerde Veranlassung geben. Häufig wenden sich die Abonnenten, wenn ihnen die Zeitung unregelmäßig zukommt, an die Geschäftsstelle des Blattes selbst. Das ist nicht richtig, denn nicht diese ist es, die das Blatt den Abonnenten liefert, sondern die Post.

* **Die nächste allgemeine Volkszählung** findet am 1. Dezember d. J. statt.

* **Urlaub — Sommerfrische — Erholung.** Unter diesem Zeichen befindet sich der Monat Juli. Natürlich nur für diejenigen, die, wie Heine sagt: „Etwas haben". Je höher hinauf, je länger der Urlaub, der dann staffelweise zurückgeht, um bei den kleinen Beamten auf 14 oder gar 8 Tage zusammen zu schrumpfen. Manche Entbehrungen muß sich eine derartige Beamtenfamilie monatelang auferlegen, um die kleine Ferienreise bestreiten zu können, aber schließlich ist man doch mal fortgewesen, hat frische und neue Eindrücke gesammelt, hat reine Berg- oder auch Seeluft geatmet, man hat, mit einem Worte — einmal im Jahre eine Veränderung gehabt. Ganz anders der moderne Fabrikproletar. In dem ewigen Einerlei des Arbeiters hat der Begriff „Sommerfrische" eine andere Bedeutung. Für ihn ist dieselbe nur erreichbar, wenn er die Keime der Schwindsucht nachgewiesenermaßen in seiner Brust hat. Wenn er jahrelang, ein Jahr wie das andere, einen Tag wie den andern unter einem mörderischen Akkordsystem sein letztes bißchen Kraft verbraucht hat, wenn er unter denkbar ungünstigsten Verhältnissen Staub, Schmutz und Krankheitskeime aller Art, bei durchaus ungenügender Ernährung in den Fabriken eingeatmet hat, dann kommt es ja vor, daß ihm irgend ein menschenfreundlicher Arzt eine „Luftveränderung" auf Kosten der Krankenkasse vorschlägt. Das ist aber leichter gesagt als gethan. Eine Woche Luftveränderung heißt eine Woche keinen Lohn. Soll der Genuß einer Luftveränderung aber ein vollständiger sein, dann dürfen damit keine Nahrungssorgen verknüpft sein. Gerade dieser Umstand ist es, der manchen unserer Fabrikarbeiter abhält, die gewiß gutgemeinten Ratschläge des Kassenarztes zu befolgen. Wo es dennoch geschieht, wird die Zeit der Abwesenheit von der Familie so weit als irgend möglich abgekürzt, damit die Familie nicht allzu lange Not leidet. Was nützen solche Erholungstage, bei denen die Sorge um die Familie jede Ruhe und Freude raubt, dem Arbeiter. Gar nichts. Deshalb muß das Bestreben dahin gehen, so hohe Löhne zu erringen, daß der Familienvater, wenn es sein muß, einmal abkommen kann, ohne daß sofort seine Familie Not leidet. Und damit nicht genug. Es muß so weit kommen, daß jeder Arbeiter im Sommer seine Ferien antritt, nicht nur dann, wenn ihn die Schwindsucht gepackt hat. Das ist zwar Zukunftsmusik, aber kommen wird die Zeit einmal, in welcher auch die Arbeiter im Sommer in die Ferien gehen. Allerdings nur dann, wenn die Arbeiter durch politische und gewerkschaftliche Organisation eine solche Einrichtung erzwingen.

* **Arbeiter-Sekretariat Halle a. S. Geiststraße 21, erster Hof l.** Wochenbericht. Vom 2. bis 7. Juli haben das Sekretariat 151 Personen in Anspruch genommen. Von den vorgebrachten Anliegen betrafen: Mietsstreitigkeiten 22, Dienstbotendifferenzen 16, Arbeitsdifferenzen 13, Alimentation 11, Unfälle 10, Invalidenversicherung, Strafsachen je 9, Krankenversicherung, Austritt aus der Landeskirche je 8, Erbschaft, Steuerreklamation, Forderungen je 6, Militärreklamation 4, Strafbefehl, Vereinsangelegenheit je 3, Ehescheidung, Pfändung, Armenunterstützung, Zahlungsbefehl je 2, Bücherbestellung, Zeugnißzwang, Schadenersatzklage, Erlangung der Konzession, Gemeinderatswahl, Privatklage, Finderlohn, Zivilklage, Feuerversicherung je 1. Erledigt wurden durch mündliche Auskünfte 125, auf schriftlichem Wege 26 Fälle. Nach Stand oder Beruf geordnet verteilen sich die Parteien wie folgt: Arbeiter 115, Ehefrauen 11, Dienstboten 10, Witwen 6, Selbständige Gewerbetreibende 5, Werkmeister 2, Verkäuferin, Arbeiterin je 1. Von den Arbeitern waren gewerkschaftlich organisiert 73 und verteilen sich dieselben auf die einzelnen Verbände folgendermaßen: Metallarbeiter 23, Maurer 12, Holzarbeiter 8, Bauarbeiter Zimmerer, Former je 3, Maschinisten und Heizer, Fabrikarbeiter, Steinsetzer, Schuhmacher, Bergarbeiter, Maler, Bildhauer je 2, Schneider, Töpfer, Buchbinder, Brauer, Porzellanarbeiter je 1. Ihren Wohnsitz hatten in Halle 92, Giebichenstein 8, Trotha 4, Lettin, Holleben, Roitzsch, Nietleben je 3, Kröllwitz, Wettin, Mühlberg, Ammendorf, Merseburg je 2, Teicha, Brachstedt, Schlettau, Sennewitz, Dieskau, Schwoitzsch, Gisdorf, Metra, Naundorf, Senftenberg, Querfurt, Diemitz, Passendorf, Claudorf, Weißenfels, Kanena, Bennewitz, Wolfen, Vieskau, Quering, Schierzig, Dommitzsch, Peißen, Dölau, Rosenfeld je 1 der Parteien.

* **Mehrmaliges Betrinken als liederlicher Lebenswandel.** Herr Krüger, der Inhaber einer Kaffeerösterei, wandte gegen die Entschädigungsklage seines ehemaligen Geschäftskutschers B. vor dem **berliner** Gewerbegericht an, daß er B. mit Recht plötzlich entlassen habe. Die Beweiserhebung ergab, daß der Kläger trotz Verwarnung mehrmals zu spät zur Arbeit gekommen ist und daß er an drei nicht weit auseinanderliegenden Tagen betrunken von der Tour kam. In dem einen Falle konnte er das eingenommene Geld nicht aufzählen. Die Kammer VI wies B. mit folgender Begründung ab: Das wiederholte Zuspätkommen sei, zumal Kläger verwarnt wurde, als eine **beharrliche Arbeitsverweigerung** und somit als Entlassungsgrund anzusehen. Aber auch ohne dies hätte B. sofort entlassen werden können, denn er habe einen liederlichen Lebenswandel im Sinne des § 123 Nummer 2 der Gewerbe-Ordnung geführt indem er sich in kurzen Zwischenräumen dreimal betrunken habe.

* **Mit der Aburteilung** des Landbriefträgers Lambert am Sonnabend erreichte die 4. Schwurgerichtsperiode ihr Ende. Es wurden verhandelt in 6 Sitzungstagen 8 Sachen gegen 9 Angeklagte. Und zwar 3 Fälle Unterschlagung in Verbindung mit Urkundenfälschung und Amtsverbrechen; 3 Fälle Sittlichkeitsverbrechen: 1 Fall Kindesmord und 1 Fall Brandstiftung. An Strafen wurden verhängt 6 Jahre Zuchthaus, 4 Jahre 10 Monate Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust. Freisprechung erfolgte in zwei Fällen.

* **Den Schokoladen-Automaten** soll der Krieg erklärt werden. Der Regierungspräsident von Merseburg hat von den Kreisschulinspektoren und Schulleitern Gutachten eingefordert, über die gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Gefahren, die unserer Jugend von den Nasch-Automaten drohen. Ob man die armen Automaten dann einfach verbietet oder nur in den Bann thut?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000711-12/fragment/page=0002

* **Eine Verkehrsstörung** entstand gestern nachmittag in der Geiststraße an der Scharrenstraßen-Ecke. Ein Pferd des Abfuhr-Instituts Banse stürzte auf die Schienen der elektrischen Bahn und konnte nur mit Mühe wieder auf die Beine gebracht werden.

* **Ist das Tanzen staatsgefährlich?** Den Lehrern des Regierungsbezirkes Merseburg ist in der letzten Zeit eingeschärft worden, bei Uebernahme von Gesangvereinen die Genehmigung der königl. Regierung einzuholen, wobei ihnen zur Pflicht gemacht ist, keinen Verein zu leiten, der bei irgend einer Gelegenheit, z. B. nach einem Konzert, einen Ball oder gewöhnlicher ausgedrückt, ein Tanzvergnügen arrangiert. Welche Gründe zu diesem sonderbaren Verbot geführt haben, das zu erfahren, wäre interessant. Welcher Art sie aber auch sein mögen, sie werden schwerlich überzeugend wirken auf Menschen, die das Tanzen für ebensowenig staatsgefährlich oder sündhaft halten wie das Singen.

* **Herr Strommeister Knöpfle** aus Naumburg, unseren Lesern aus den Naumburger Korrespondenzen des Volksblattes als großer Feuerbekämpfer vor dem Herrn wohl bekannt, ist nach Halle versetzt worden.

* **Der wird dran denken!** Bei einer Schlägermensur wurde dem Studenten R. von seinem Gegner eine so schwere Verletzung des rechten Auges beigebracht, daß seine Aufnahme in eine Heilanstalt erfolgen mußte.

* **Auf der Straße** wurde der Dienstknecht Gustav Schönfeld von einem Pferde schwer am linken Ellenbogen verletzt.

* **Buchstäblich verhungert** ist in der hiesigen Klinik der 66jährige pensionierte Beamte Richard Schreiber aus Magdeburg. Der Mann litt an Darmkrebs; weder auf natürlichem, noch auf künstlichem Wege konnte ihm irgend welche Nahrung zugeführt werden.

* **Angespießt** wurde der 12jährige Sohn des Zimmermanns Moßdorf in Kröllwitz als er beim Kirschennaschen auf einen eisernen Zaun fiel. Der Leib wurde so sehr aufgerissen, daß die Gedärme heraustraten. An dem Aufkommen des Jungen wird gezweifelt.

* **Gegenmittel bei Vergiftung durch Pilze.** In der Sommerzeit wiederholen sich die Fälle stets von neuem, daß Kinder mit giftigen Pflanzen spielen, Teile davon zerkauen und verschlucken. Da ein schnelles Eingreifen jederzeit geboten ist, so seien für die einzelnen heimischen Giftpflanzen die am leichtesten zu erreichenden Gegenmittel mitgeteilt. Weil es am besten ist, daß der Giftstoff möglichst schnell aus dem Körper entfernt wird, so empfiehlt es sich immer, einen Brechakt hervorzurufen. Man bewirkt ihn einfach dadurch, daß man den Kindern den Finger in den Mund steckt. Als Gegenmittel für die zurückbleibenden Pflanzengiftstoffe gelten für Bilsenkraut Essig und Citronensäure verdünnt; für Tollkirsche starker Kaffee und Seifenwasser, wobei außerdem kalte Umschläge auf den Kopf zu legen sind; für Stechapfel Essig und Citronensäure; für Nachtschatten kohlensaures Natron; für blauen Eisenhut Kaffee, Wein und Essig; für schwarze Nießwurz außer schwarzem Kaffee fette Oele. Ein Gegenmittel gegen den roten Fingerhut bilden Kaffee, Essig, Wein und Aether. Dazu können kalte Uebergießungen des Kopfes zur Anregung genommen werden. Dieselben Mittel sind bei Vergiftungen durch den gefleckten Schierling anzuwenden. Das große, gelbblühende Schöllkraut erfordert Kampfer, während bei Wolfsmilch laue Milch oder auch Essig gute Dienste leistet. Bei Giftlattich sind Kaffee und Pflanzensäure angebracht, und bei der Herbstzeitlose ist neben Essig auch Honig zweckdienlich. Natürlich ist bei irgendwie bedrohlichen Erscheinungen außerdem sofort zum Arzt zu schicken, da es sich bei allen den empfohlenen Mitteln nur um eine einstweilige Entgegenwirkung gegen die einzelnen Giftstoffe handeln kann.

* **Der Begriff „öffentliche Lustbarkeit"** hat seit dem letzten Stempelsteuergesetz, das öffentliche Lustbarkeiten einem Steuersatz von 1.50 M. unterwirft, mancherlei kuriose Erweiterung erfahren. Jetzt fällt nach einer soeben in der Deutschen Juristenzeitung mitgeteilten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts auch das Kartenspiel darunter, und zwar unter folgenden Umständen: „Kartenspiele", so lehrt Oberverwaltungsgericht, „sind, wie schon ihr Name sagt, zur Ergötzung und Unterhaltung bestimmt und gehören damit zweifellos zu den Lustbarkeiten. Natürlich ist nicht jedes Kartenspiel schon darum eine öffentliche Lustbarkeit, wie zur Beruhigung einer Million preußischer Staatsbürger hervorgehoben sei, weil es in einem jedermann zugänglichen Restaurationslokal vorgenommen wird. Ja, selbst die öffentliche Aufforderung eines Gastwirts zum Besuch eines Skatabends macht noch keine öffentliche Lustbarkeit aus, wenn damit nichts weiter besagt sein soll, als daß die Gäste Spieltische und Karten bereit finden werden. Anders aber steht es in dem schwerwiegenden Fall, daß jemand unter der Bezeichnung „Skatkongreß" eine Aufforderung an weitere Kreise richtet, die die Spielpartien des intimeren Charakters entkleidet. Mit einem Mal verlieren dadurch die Skatpartien „den für den Begriff für eine private Unterhaltung notwendigen Charakter der Abgeschlossenheit". Vollends aber hat der Fiskus das Recht, vom Spielteufel 1.50 M. zu requirieren, wenn obendrein die unbeschränkt zugelassenen Partien in einen Wettbewerb um ausgesetzte Geldpreise treten und die Spieler aller Tische gemeinsam je nach dem Spiele an dem Einsatze partizipieren und in der Einladung gar von einem „Monstreskatspiel" gesprochen wird. Dann hat das Spiel ein Ende und die „öffentliche Lustbarkeit" tritt mit allen ihren schweren Pflichten an dessen Stelle.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle-Nord 32 Personen und zwar an: Brechdurchfall 8, Lungen- und Darmtuberkulose 2, Atrophie 1, Magen-Darmkatarrh 2, Darmkatarrh 2, Bauchfellentzündung infolge brandiger Entzündung der Gallenblase 1, Mastdarmkrebs 1, Gelbsucht, schwere 1, Schwäche 2, Lungentuberkulose 1, Krämpfen 2, Altersschwäche 2, Leber-Krebsleiden 1, Basedowsche Krankheit 1, tuberkulöser Gehirnhautentzündung 1, Platzen einer Erweiterung der großen Körperschlagader 1, Auszehrung 1, Sommerdiarrhöe 1, Knochenmarkseiterung mit Herzbeutel- und Rippenfellentzündung 1. — Darunter befinden sich 3 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

In Halle-Süd verstarben 64 Personen und zwar an: Lungentuberkulose 4, Krämpfen 4, Brechdurchfall 11, Leberkrebs 1, Lungengangrän 1, Atrophie 6, Lungenentzündung 4, Nabelbruchentzündung 1, Lungenblutung 1, Ertrinken 1, Gehirnhautentzündung 3, Rhachitis 1, Lungenlähmung 1, Nierenentzündung 1, Gebärmutterkrebs 1, Gebärmutterentzündung 1, Lungenkatarrh 1, Lungenerweiterung 1, Magenkrebs 1, Schädelbruch 1, Darmverschluß 1, Herzschwäche 1, Lungenkrebs 1, Schwäche 3, Darmkatarrh 4, Verstopfung der Lungenschlagadern 1, Unterleibstyphus 1, Lungenemphysem 1, Herzfehler 1, Sommerdiarrhoe 1, Blutkrankheit 1, Mund- und Rachentuberkulose 1, Darmkrebs 1. — Darunter befinden sich 11 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

Versammlungsberichte.

† **Fabrikarbeiter.** Am 8. Juli fand eine Versammlung der Zahlstelle Halle-Süd bei Kautzsch statt. Der Vorsitzende rügte den schwachen Besuch, bemerkte aber gleichfalls, daß dieser zum Teil wohl darauf zurückzuführen sei, daß er versäumt habe, die Versammlung am 30. Juni anzumelden. Zum 1. Punkt Verbands-Angelegenheiten wurden einige Anträge angenommen, die der Delegierte auf der Generalversammlung vertreten soll. Für das am 19. August in Osborgs Bellevue stattfindende Stiftungsfest wurde eine zwölfgliedrige Kommission gewählt. Die Wahl einer Lohnkommission wurde vertagt, da erst mit den Nachbarzahlstellen Rücksprache genommen werden soll.

H. E.

Aus dem Reiche.

Leipzig. Ein Verband der Ortskrankenkassen in der Amtshauptmannschaft Leipzig ist am Sonntag gegründet worden. Der Zweck des Verbandes ist die Förderung der Ortskrankenkassen in der Richtung von § 46 des Krankenversicherungsgesetzes, wonach u. a. gemeinsame Verwaltungspersonen angestellt, Verträge mit Aerzten, Apotheken, Krankenhäusern abgeschlossen, gemeinsame Anstalten zur Heilung und Verpflegung erkrankter und in der Genesung begriffener Kassenmitglieder errichtet, sowie die Krankenunterstützungskosten unter gewissen Bedingungen gemeinsam beitritten werden können. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Herr Fischer-Liebertwolkwitz gewählt. Liebertwolkwitz wurde auch zum Sitz des Verbandes bestimmt.

Stettin. Ein pommersches Löbtau. Die Bewegung der Straßenbahner hat bekanntlich auch Stettin ergriffen und auch dort zu leichten Ausschreitungen geführt. Am 31. Mai kam es zu Mittag zu lebhaften Demonstrationen. Gegen einen Wagen wurde eine Flasche geworfen und eine Fensterscheibe zertrümmert; gegen einen anderen Wagen wurden Steine, die zur Reparatur des Pflasters dalagen, geworfen, wobei sämtliche Scheiben zerschlagen wurden. Auch der Schutzmann Wölker wurde dabei mit einem Stein am Arme gestreift. Er bemerkte beim Umdrehen den Arbeiter Jarczinski, der nach seiner Meinung geworfen haben sollte. Bei der großen Menge, die nach Tausenden zählte, war es unmöglich, einen Thäter festzustellen, nur Jarczinski mußte daran glauben. Gegen ihn wurde Anklage wegen Körperverletzung und — Landfriedensbruchs erhoben. Am 6. Juli wurde die Sache vor dem Schwurgericht verhandelt. Jarczinski bestritt, geworfen zu haben, und es konnte seine Thäterschaft auch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Trotzdem erkannten die Geschworenen auf Schuldig, und der Gerichtshof sprach die fürchterliche Strafe von **2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren** Ehrverlust aus.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen leichtsinnigen, in gerechter Erregung über Streikbrecher verübten, nein, vielleicht verübten Streich!

Breslau. Wegen schwerer Kuppelei wurde die Gutsbesitzerwitwe Pauline v. Napierski zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verurteilte hatte in den letzten 3 Jahren ihre eigenen Töchter verkuppelt.

Fürth. Bürgerliche Blätter berichteten unlängst, die im hiesigen Gemeinderate sitzenden Sozialdemokraten hätten mit für ein Geschenk für den Prinzen Rupprecht gestimmt. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß sie nur einen Protest gegen die Bewilligung unterlassen haben. Auch diese Unterlassung ist tadelnswert.

Elberfeld. Ein Muster-Armenpfleger. Der Installateur Helmerich von Remscheid hatte sich vor Gericht wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Kindern unter 14 Jahren, zu verantworten. Wenn H. sich behufs Feststellung der Bedürftigkeit armer Familien in deren Wohnung begab, erstreckte sich seine Untersuchung nicht bloß auf den vorhandenen Mangel an Geld und Gut, sondern er dehnte seine Untersuchungen auch auf die körperliche Beschaffenheit der weiblichen jüngeren Mitglieder der betreffenden Familien aus. Er ging dabei jedoch so intim und „liebevoll" vor, daß es der Staatsanwalt für notwendig hielt, einzuschreiten und ihn in seine liebevolle Obhut zu nehmen. Er wurde zu 18 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

München. 325000 Mark beträgt das Defizit der vor zwei Jahren veranstalteten Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung. Der Garantiefonds in Höhe von 207000 Mk. wird voll in Anspruch genommen. Den Rest von 118000 Mk. hat der Gewerbeverein als Unternehmer der Ausstellung zu decken. Ein teurer Sport!

Stuttgart. Eine Ordnungsstütze par excellence, der „lebenslängliche Schultheiß Schlechter aus Zuffenhausen, wurde vom württembergischen Disziplinargerichtshof zur Dienstentlassung verurteilt. Zur Kennzeichnung der Vergehen dieser Stütze von Thron und Altar sei aus der Urteilsbegründung folgendes mitgeteilt: Die Wahlerschleichung hat der Disziplinarhof als eine schwerwiegende Handlung angesehen, die meisten Sittlichkeitsdelikte gelten als erwiesen; auch die amtlichen Vergehen waren strafbar, wenn sie auch bei der Entscheidung nicht den Ausschlag gaben. Die Entlarvung dieses „Ehrenmannes" ist hauptsächlich das Verdienst der Schwäbischen Tagwacht.

Aus Baiern. Dienstbotensklavenleben. Aus Schwandorf (Oberpfalz) wird unserm nürnberger Parteiorgan geschrieben: Einem Bauern entlief eine Magd aus dem Dienste und er brachte sie deshalb zur Anzeige. Bei der Verhandlung brachte die Beklagte vor, sie sei deshalb aus dem Dienst, weil sie die ganze Woche Kraut und kein Fleisch bekomme und obendrein die Bäuerin einen offenen Fuß habe, an dem sie herumdrückte und dann wieder weiter kochte. (Guten Appetit!) Charakteristisch ist der Ausdruck des betreffenden Richters: „Soll halt der Bauer das Kraut essen und Sie das Fleisch!" Die Magd erwiderte: „Wenn ich zweimal in der Woche Fleisch bekomme, bin ich zufrieden." Sie wurde dann zur üblichen Strafe verurteilt.

Vermischtes.

* **Verhaftet** wurde in Innsbruck der auf der Durchreise befindliche katholische Priester Georg Chovat aus Nordamerika wegen eines mit einem Hausknecht im Innpark verübten Sittlichkeitsvergehens.

* **Polizeiwachmänner als Einbrecher.** Das Erkenntnisgericht in Tarnopol hat die Polizeiwachmänner Muchyk, Ostaczu und Andruszczynszyn, welche während ihres Nachtdienstes Einbruchsdiebstähle in Kaufläden verübten, nach durchgeführter Strafverhandlung schuldig erkannt und jeden der beiden ersteren zu sechs Monaten schweren Kerkers, den dritten zu drei Monaten Kerkers verurteilt.

* **Ueber neue Goldfunde in Deutsch-Ostafrika** schreibt die Koloniale Zeitschrift: Die Irangi-Gesellschaft habe am 4. Juli eine neue bergmännische Expedition nach Deutsch-Ostafrika entsendet, um das bereits konstatierte Vorkommen von Gold in Iramba im Konzessionsgebiet der Gesellschaft weiter zu untersuchen. Führer der Expedition ist der Bergingenieur W. Janke, dem ein Mineraloge und zwei harzer Bergleute beigegeben sind.

* **Die Rache ist mein.** Aus Insbruck schreibt man der Frkf. Ztg.: Wie das Tiroler Tagblatt mitteilt, charakterisierte in Ilgs der dortige Pfarrer in seiner Predigt am Peter- und Paulstage die Hölle mit folgenden Worten: Die Hölle ist der Ort, wo Gott seinen Rachedurst stillt." Eine hervorragend neue Auslegung des Bibelworts: „Die Rache ist mein!"

Briefkasten der Redaktion.

D. C. Wenn Sie den Kontrakt unterschrieben haben, müssen Sie sich seinen Bedingungen fügen. Der Einwand, nur der Mann, nicht auch seine Frau als eigentliche Besitzerin habe den Kontrakt mitunterschrieben, ist nicht stichhaltig, wenn der Mann in Vollmacht für seine Frau unterzeichnet hat. Auch die Bedingungen, unter welchen der Hauswirt Sie vorzeitig von Ihrer kontraktlichen Verpflichtung entbinden will, kann er nach Belieben stellen, so unbillig es auch ist, als Ersatz ein kinderloses Ehepaar zu verlangen, das noch dazu einen um 75 Mk. zu hoch angesetzten Mietpreis zahlen soll. Sie können natürlich bis Ende des Jahres wohnen bleiben.

Streckau. Gegenwärtig kann Deutschland ungefähr drei Millionen Soldaten ins Feld stellen.

Nixtitz. Wenn Ihre Frau nicht sofort gegen die Kündigung protestiert hat, ist dieselbe giltig.

Thörmer. Kommen Sie doch einmal auf die Redaktion. Wir möchten vor der Veröffentlichung Ihres Eingesandts noch Rücksprache mit Ihnen nehmen.

G. J. Wenn Ihre Braut die Geschenke des Herrn W., deren Zweck doch klar erkennbar war, angenommen hat, so darf sie sich nicht beschweren, wenn er auf ein weiteres Entgegenkommen hoffte. Die That Ihrer Braut ist ebenso tadelnswert wie die des Mannes.

C. E. in Z. 1. Nur noch die Erträge des Hausvermögens, deren Höhe etwa 2⅕ Millionen Mark jährlich betragen sollen. 2. Die 120 Millionen liegen bar und darum unverzinst im Juliusturm. 3. Nein! Wenn der Reichstag die Ausgabe verneint hat, darf sie nicht gemacht werden. Würde eine einmalige oder wiederholte Auflösung des Reichstags keine andere Mehrheit bringen, so müßte sich die Regierung fügen.

H. W. Pränumerando.

E. S. in K. Sie haben nichts zu bezahlen.

Eingesandt.

Ueber Mißstände in der Kröllwitzer Papierfabrik könnte eigentlich ein langes Kapitel geschrieben werden, indes seien nur einige besonders erwähnt, die gleichwohl vollständig genügen, um sich ein Bild davon zu machen wie es in der betr. Fabrik mit den Arbeitsverhältnissen aussieht. Da sind es zunächst die Abortverhältnisse, die dringend einer Remedur bedürfen. Es fehlen nicht mehr wie alle Vorrichtungen, die man an Klosetts stellen muß. Nur mit Widerwillen begiebt man sich an diesen Ort. Desgleichen lassen auch die Einrichtungen in der Badestube alles zu wünschen übrig, denn es sind eben keine Einrichtungen vorhanden, die das Baden ermöglichen. Die Arbeiter können sich nicht einmal die Hände, geschweige das Gesicht waschen. Daß man bei dem Ruß und Dampf, der in der Fabrik entsteht, ohne Badeeinrichtung nicht auskommen kann, liegt auf der Hand. Beklagenswert ist es auch, daß den Frauen, die das Mittagessen an die Fabrik bringen, nicht gestattet ist, die Fabrikräume zu betreten. Welche Gründe die Direktion für dieses Verbot hat, wissen wir nicht. Aber das wissen wir, daß es für die Arbeiter außerordentlich beschwerlich ist und zugleich entwürdigend, wenn sie wie Bettler vor dem Fabrikthor das Essen von ihren Frauen in Empfang nehmen müssen. Die Frauen der Arbeiter müssen dabei äußerst pünktlich sein, denn sonst steht der Arbeiter in Wind und Wetter auf der Straße und wartet, bis er sein meist nur spärliches Mittagessen wie ein Gefangener vor den Fabrikräumen in Empfang nehmen kann. Auch der Platz, der für die Einnahme des Essens zur Verfügung steht, ist durchaus nicht dazu angethan, die Essenslust zu fördern, denn es ist der Kohlenschuppen. Die Fabrikleitung sollte doch für die Arbeiter einen kleinen staubfreien Raum mit Tischen und Stühlen zur Verfügung stellen, damit wenigstens die einfachsten Formen menschenwürdiger Zustände gewahrt bleiben. Leider ist unter den Arbeitern der Fabrik selbst kein Zusammenhalt, so daß an ein gemeinsames Handeln nicht zu denken ist. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, die in Rede stehenden Mißstände einer durchgreifenden Reform zu unterziehen.

Y.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord), 6. und 7. Juli.

Eheschließungen: Der Metallputzer Engmann und Friederike Klausing (H.-G., Burgstraße 50). Der Handschuhmacher Sommer und Ida Bönig (Lessingstraße 26 und H.-G., Große Brunnenstraße 28). Die Preßvergolder Mercker u. Hulda Rothe (Leipzig-Reudnitz und H.-Tr., Saalestraße 2). Der Tischler Mündecke und Minna Nitzsche (Schillerstraße 46 und Hohenleina). Der Former Müller und Bertha Gaudig (Bismarckstraße 2 und Ludwig Wuchererstraße 62). Der Kaufmann Schwenkert und Elise Diedering (Fleischerstraße 10). Der Schlosser Richter und Anna Belger (Grasweg 7 und Hardenbergstraße 37). Der Fabrikarbeiter Schmidt und Emma Schmidt (H.-G., Eichendorffstraße 15 und 4). Der Hilfshobrist Güther und Louise Spazier (Sophienstraße 21).

Aufgeboten: Der Kaufmann Münchmeyer und Klara Bockemüller (H.-G., Fährstraße 4 und H.-G., Burgstraße 54). Der Magistrats-Diätar Haberstroh und Anna Schumann (H.-G., Reilstraße 25 und H.-G., Rainstraße 17).

Geboren: Dem Geschirrführer Mosch eine T. (H.-Tr., Lindenstraße 16). Dem Bügler Benning ein S. (Geiststraße 63). Dem Arbeiter Rasch ein S. (H.-G., Wittekindstraße 32). Dem Schmied Effnert eine T. (Jägerplatz 11).

Gestorben: Der Maurer Strubel, 66 J. (H.-Kr., Schulberg 15). Die Witwe Adolfine Reiling geb. Frogisch, 71 J. (Harz 7). Der Brauereiarbeiter Schumack, 44 J. (H.-G., Trothaerstraße 33). Des Handarbeiter Böltzig S., 8 Mon. (Diakonissenhaus). Des Gerichtsdiener Stipka S., 1 Mon. (Hardenbergstraße 35). Des Handarbeiter Mehlhose S., 4 Mon. (H.-G., Böckstraße 13). Des Maschinenputzer Moser S., 11 Mon. (Albrechtstraße 24). Des Arbeiter Bösenberg S., 10 J. (Diakonissenhaus).

Halle (Süd), 7. Juli.

Eheschließungen: Der Schlosser Voß und Emma Wassermann (Ludwigstraße 8). Der Schlosser Dommiak und Agnes Ziervogel (Kleine Schloßgasse 8). Der Maschinenschlosser Mitreuter und Margarete Unbescheid (Meckelstraße 16 und Spitze 29). Der Schriftsetzer König und Helene Selle (Große Klausstraße 7 und 2. Vereinsstraße 8). Der Fabrikarbeiter Schülke und Marianna Lewinski (Bruckdorferstraße 5 und 3). Der Handarbeiter Frosch und Anna Meinhardt (Kleine Schloßgasse 5 und Bäckerstraße 4). Der Hilfsheizer Tänzler und Alma Flechtner (Herderstraße 11 und Meckelstraße 14). Der Schlosser Klingner und Anna Elste (Südstraße 6 und Bahnhofstraße 24). Der Schlosser Ziegler und Marie Meyer (Pfännerhöhe 44 und Beesenerstraße 27). Der Eisendreher Engers und Anna Scharlach (Spiegelstraße 4 und Unterberg 11). Der Fabrikarbeiter Jünger und Frida Heisterberg (Große Schloßgasse 4 und Großer Berlin 1).

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter Grabarkiewicz und Klara Nowak (Bruckdorferstraße 7). Der Droguist Schilling und Wanda Temme (Turmstraße 158 und Krukenbergstraße 1). Der Schiffer Allenstein und Marie Juhl (Barby). Der Bergmann Faust und Bertha Brandt (Bennstedt und Halle a. S.).

Geboren: Dem Gastwirt Hickethier eine T. (Martinstraße 10). Dem Töpfer Rotnick eine T. (Schlosserstraße 3). Dem Maler Rodius ein S. (Kellnerstraße 11). Dem Handarbeiter Pretsch eine T. (Mühlberg 6). Dem Mittelschullehrer Hesse ein Sohn (Robert Franzstraße 5). Dem Buchhalter Mehlig eine T. (Wörmlitzerstraße 106). Dem Bildhauer Schmalnich eine T. (Steinweg 52). Dem Tischlermeister Schaaf eine T. (Liebenauerstraße 167). Dem General-Agent Kreißig eine T. (Ankerstraße 6).

Gestorben: Die Witwe Anna Fürnrohr geb. Olawski, 66 J. (Südstraße 1). Des Lademeister Scheibe T., 4 Mon. (Thomasiusstraße 37). Des Schuhmachermeister Zeuch Ehefrau Wilhelmine geb. Grunert, 61 J. (Klinik). Des Fabrikarbeiter Knittel eine T., 1 Mon. (Schlosserstraße 5). Des Klempner Frisch S., 4 Mon. (Thüringerstraße 24). Des Geschäftsboten Schade T., 1 Mon. (Kransenstraße 19). Des Arbeiter Grohl S., 11 J. (Klinik). Der Bäckermeister Germer, 44 J. (Tholuckstraße 4). Des Auszügler Lehmann Ehefrau (Bermannstrost).

Halle (Nord), 9. Juli.

Aufgeboten: Der Glaser Meyer und Helene Busch (Beesenerstraße 27 und H.-G. Große Brunnenstraße 53). Der Arbeiter Frühling und Emma Großmann (Lessingstraße 9).

Eheschließungen: Der Sergeant Stein und Emma Hellwig (Dessauerstraße 70 und Albrechtstraße 86). Der Kaufmann Müller und Margarete Barth (Breitestraße 19).

Geboren: Dem Schuhmacher Henze ein S. (Breitestraße 12). Dem Dienstmann Rehn ein S. (Hardenbergstraße 36). Dem Rentier Liebau ein S. (Sophienstraße 25a). Dem Steinsetzer Koch eine T. (H.-G., Triftstraße 48). Dem Metalldreher Krause eine T. (H.-G., Burgstraße 21). Dem Schuhmacher Städtler ein S. (H.-G., Wittekindstraße 24). Dem Fabrikarbeiter Meusch ein S. (Goethestraße 5). Dem Handarbeiter Thieme eine T. (H.-G., Reilstraße 27a).

Gestorben: Der Privatmann Grosse, 81 J. (Ludwig Wuchererstraße 49). Des Maurer Semmer S., 5 M. (H.-Tr., Magdeburgerstraße 38). Der Universitäts-Professor Wiltheiß, 45 J. (Nervenklinik.) Des Handelsgärtners Fränicke S., totgeb. (H.-Tr., Magdeburgerstraße 60). Des Schuhmachermeister Gänserlin Ehefrau geb. Henze, 50 J. (H.-G., Kleine Breitenstraße 16).

Halle (Süd), 9. Juli.

Aufgeboten: Der Kaufmann Bader und Gertrud Freytag (Zinksgartenstraße 10 und Alter Markt 14). Der Kaufmann Gaa und Martha Schumann (Bielefeld und Martinstraße 24). Der Schneider Sprang und Friederike Wackenhut (Frankfurt a. M. und Neuenburg). Der Fleischermstr. Jacob und Anna Sachse (Eisleben). Der Impresario Semmler und Charlotte Rinke (Nieder-Schönhausen).

Eheschließung: Der Eisendreher Lichtenstein und Anastasia Unger (Steinweg 14 und 52).

Geboren: Dem Barbierherr Zöhler eine T. (Hansfack 3). Dem Schuhmacher Sanatowitz ein S. (Zwingerstraße 29). Dem Schmied Franke Zw.-T. (Ludwigstraße 7). Dem Maler Simon eine T. (Hirtenstraße 17). Dem Seiler Lochau eine T. (Jakobstraße 47). Dem Gelbgießer Krapf eine T. (Landsbergerstraße 59). Dem Kellner Reißmann eine T. (Kleine Ulrichstraße 22). Dem Mittelschullehrer Sommer eine T. (Glauchaerstraße 10). Dem Bierfahrer Stephanus Nowicki ein S. (Dryanderstraße 15). Dem Handelsmann Kannegießer eine T. (Unterberg 6).

Gestorben: Der Handelsmann Hempel, 49 J. (Thomasiusstraße 4). Der Lehrer emer. Hirsch, 80 J. (Große Steinstraße 36). Des Handarbeiter Keil S. 6 Mon. (Kleine Schloßgasse 8). Des verst. Tapezierer und Dekorateur Tänzer T., 1 J. (Meckelstraße 7). Des Zimmermann Kloß S., 2 Mon. (Kellnerstraße 7). Des Werkmeister Koehler T., 4 W. (Wörmlitzerstraße 19). Des Schuhmacher Kiebler S., 9 Monate (Friesenstraße 14). Des Drechslermeister Krause T., 3 T. (Klinik). Des Fabrikarb. Schondorf T., 5 Mon. (Zenkerstraße 16). Des Schlosser Franke T., 1 J. (Martinstraße 2). Frida Hartung, 21 J. (Bernhardystraße 22).

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,

Geiststraße 21, 1. Hof rechts.

Geöffnet nur Werktags von 9½—1½ und 4—8 Uhr.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.

Die Redaktion verpflichtet sich nicht zur brieflichen Beantwortung von Anfragen. Das Beilegen einer Freimarke ändert daran nichts.

Sprechstunde der Redaktion mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Swienty in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000711-12/fragment/page=0003

Wähler der 3. Abteilung zu Diemitz

wollen sich Mittwoch den 11. Juli abends 8½ Uhr im Restaurant zum Diemitzer Schlößchen zur

Vorbesprechung über die bevorstehende Gemeinderatswahl

einfinden. Mehrere Wähler.

Nur 3 Tage in Halle a. S. Juli 16., 17. u. 18.

6 Vorstellungen, 2 täglich, bei jeder Witterung, um 3 und 8 Uhr.

Auf dem Rossplatz. Eröffnung Montag d. 16. Juli nachm.

BARNUM & BAILEY's

grösste Schaustellung der Erde.

Grossartiges internationales Vergnügungs-Etablissement.

In Amerika gegründet.

Macht jetzt seine Reise durch Deutschland

in 70 eigens dazu konstruierten Eisenbahnwagen, **welche 4 Züge à 17 Wagen bilden.** Das ganze ungeteilte Ensemble wird unter **12 gewaltigen Zelt-Pavillons ausgestellt,** deren grösster bequeme Sitzplätze für ca. 15 000 Personen enthält.

Tägliche Unkosten 30 000 Mark.
70 Pferde in einer Manege vorgeführt.
40 Pferde zu einem Gespann vereint.
400 Pferde in der Pferdeausstellung.
20 Elefanten in 3 Manegen vorgeführt.
75 Akrobaten auf 2 Bühnen.
50 Jockeys und Kunstreiter.
12 Meisterschaftsreiter.
20 Tiere als Clowns.
20 der witzigsten Clowns der Welt.

Ein ausgewähltes Programm in 100 Nummern

in 3 Manegen, auf 2 Bühnen und 1 Rennbahn.

300 bewährte Darsteller 300.

JOHANNA, das berühmte Riesen-Gorilla-Weibchen.

2 Menagerien 2.

Billets haben Giltigkeit für alle angezeigten Sehenswürdigkeiten und geben dem Inhaber Anrecht auf einen Sitzplatz. **Keine Nachzahlungen.**

Täglich 2 Vorstellungen um 3 und um 8 Uhr. Eröffnung 1 Stunde vor Anfang der Vorstellung zur Besichtigung der Menagerien, der interessanten lebenden menschl. Abnormitäten und einer ganzen Sammlung von Wunderdingen.

Preise nach Lage der Plätze: Entree incl. Sitzplatz 1 und 2 M., Sperrsitz 3 M., Reservierter Platz 4 M., Loge pro Platz 6 M. Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1 M.-Plätze. Sämtliche Plätze sind nummeriert mit Ausnahme der 1 und 2 M.-Plätze. 4 und 6 M.-Plätze werden vom ersten Tage der Ankunft ab verkauft, in **Albert Neuberts Buchhandlung, Poststrasse 7.** Der Billetverkauf findet an der Kasse bei Eröffnung der Ausstellung statt.

Apollo-Sommer-Theater.

Direktion: **Fr. Wiehle.**

Ob schön — ob Regen!
(Im Garten oder Saal.)

!! Zirkus Pilotti !!

Die kleinsten **„Pferde"** der Welt.

! Boxende Katzen !

≡ Erfolgreicher Spielplan. ≡

Mittwoch
Schlachte-Fest.
Siegel,
Jakobstraße 42.

Neue Vollheringe,
4 Stück 25 Pfg.

Heute Mittwoch
Schlachte-Fest.
Oskar Heller,
Steinweg 32.

Von vereidigten Chemikern untersucht. Unter ärztlicher Kontrolle angefertigt.

Wer seine Kinder lieb hat, giebt ihnen Kochs langjährig bewährten

Nährzwieback.

Karl Kochs Nährzwieback

bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch. Zu haben in den **Apotheken, Droguerien, besseren Kolonialwarenhandlungen und Bäckereien** sowie in **Karl Kochs** Nährzwiebackfabrik. **Halle a. S.**

H. Böhlert. Roßschlächterei,
Reilstraße 126
empfiehlt seine hochfeinen **Fleisch- und Wurstwaren.**
Achtungsvoll **H. Böhlert.**
Telephon-Anschluß Nr. 900.

Verzinktes Drahtgeflecht
in **allen Größen** empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Möbel!

Spiegel u. Polsterwaren
umzugshalber
staunend billig zu verkaufen.
Ganz neue Wohnungseinrichtung
von 170 Mk. an.
S. Rosenberg,
Kl. Ulrichstr. 18a, 1. Et.

Lederpantoffeln,
Holzpantoffeln, Plüsch-, Sammet- u. Kordpantoffeln verkauft zu den billigsten Fabrikpreisen
D. Gründler, Fleischerstr. 41.
Bill. Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

Das größte Ein- u. Verkaufs-Geschäft neuer u. gebraucht. Möbel, Laden-, Kontor- u. Restaur.-Einrichtungen von
Friedrich Peileke
Geiststraße 25, Telephon 2450,
empf. sein stets **großes Lager**
ganzer Ausstattungen
sowie **einzelner Möbel.**
Billigste Preise und **reellste Bedienung. Transport frei Haus** oder **gut verpackt frei Bahnhöfe Halle.**

Albrecht's Naturheilbad,
H.-Giebichenstein, Friedenstr. 28
verabreicht alle Arten Bäder, Dampfbäder, Kohlensäure-Bäder, Massagen, Packungen, elektrische Behandlungen.
Bäder-Lieferant für fast alle Krankheiten.

Meine **Wohnung** befindet sich von jetzt ab bei Herrn **Keil** in **Dieskau.**
Frau Böge, Hebamme.
Anst. Schlafstelle Albrechtstr. 12, III r.

Weissenfels.

Arbeitersängerbund der Prov. Sachsen und Anhalt.

Sonntag den 15. Juli in Stadt Naumburg

IX. Bundesfest,

bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert,

unter Mitwirkung von 21 Vereinen mit ca. 800 Sängern.

Anfang 3½ Uhr. **Das Komitee.**

Diese

Woche

kommen in meinem **Saison-**

Ausverkauf

circa 2000 Stück moderne

schwarze / farbige **Kleiderstoffe**

spottbillig zum Verkauf.

M. Schneider,

Streng reelle Bedienung. **Leipzigerstrasse 94.**

Durch die Thatsache, dass wir

wie bisher, so auch heute noch an dem Prinzip festhalten, unserer werten Kundschaft stets

das beste in Möbeln und Polsterwaren

zu bieten, und dabei doch auch auf besondere Preiswürdigkeit und Billigkeit sehen, so ist jeder Käufer von **vornherein versichert,** daß er bei uns nur ein **wirklich solides** und **dauerhaftes Stück** Möbel bekommt.

In bürgerlichen Wohnungs-Einrichtungen

sind wir besonders preiswert bezw. billig. Nicht die Billigkeit allein sollte beim Einkauf von Ausstattungsmöbeln maßgebend sein, sondern in erster Linie die gute Qualität und die schöne, gediegene Ausführung in Politur und Ansehen.

Alle diese Vorzüge werden Ihnen von der **Möbelfabrik**

Gebr. Kroppenstädt

Halle a. S., Große Märkerstraße 4,

geboten.

Eine bedeutende und vorzügliche Auswahl in mittleren Wohnungs-Einrichtungen erleichtert jedem Kunden den Einkauf, und bitten wir bei Bedarf um die Ehre Ihres werten Besuches.

Besichtigung ist stets gern gestattet.

Umzugs-Ausverkauf!

Bettfedern, **Inletts sowie fertige Gebette.**

Von 15 ℳ an **Betten** von 15 ℳ an.

S. Rosenberg, **Kl. Ulrichstr. 18a, 1. Etage.**

Für Merseburg

und Umgegend

sucht eine bereits eingeführte leistungsfähige **Feuerversicherungs-Gesellschaft** einen respektablen thätigen

Vertreter.

Geeignete, nur bestens empfohlene geschäftsgewandte Bewerber werden gebeten, ihre gefl. Offerten **sub. N. O. N.** an die **Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse, Erfurt,** zu richten.

Streich- und Blas-Baß zu verkaufen **F. Birke, Seeben.**

Nähmaschine zu verkaufen **Kl. Ulrichstr. 19.**

Gründlichen Unterricht

in Schönschrift, kaufm., landwirtschaftl. und Hotel-Buchführung, Stenographie, im kaufm. u. gewerbl. Rechnen, in der Wechselkunde, Korrespondenz und auf den Schreibmaschinen Hammond, Empire, Remington und Blickensderfer an Herren u. Damen jeden Alters erteilt

Franz Wehmer,
Unterrichts-Institut, Gr. Ulrichstr. 33.

Schuhmacher, d. wöchentl. einige Paar mit machen kann, gesucht Friesenstr. 12.

Zigarrenabschneider,
Tornister,
Federhalter,
Bleistifte,

Zu haben in der

Volksbuchhandlung
Raunischestraße 3.

Mädchen oder Frau,

unabhängig, bei vollem Familienanschluß und gutem Lohn per 1. August zu den Kindern gesucht.
Fr. Thurm, Glauchaerstr. 79.

Heute früh 5 Uhr starb unser innigstgeliebter Sohn

Hugo

im Alter von 4 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Ernst Dielling und Frau.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 8. Juli, unser guter Sohn, Bruder und Schwager

Richard

nach jahrelangem Leiden in seinem noch nicht vollendeten 22. Lebensjahre gestorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr statt.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Langenberg, den 9. Juli 1900.
Familie **E. Hochstein.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000711-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 158 — Halle a. S., Mittwoch den Juli 1900. — 11. Jahrg.

Muckertum und Sittlichkeit.

Von denen, die sich mit Vorliebe als die Frommen im Lande bezeichnen, wird immer die Behauptung verbreitet, daß es eine Moral ohne Religion überhaupt nicht gebe und daß es um so besser um die Sittlichkeit eines Landes bestellt sei, je besser für die Bedürfnisse der Religion gesorgt werde, d. h. dessen, was man so in jenen Kreisen unter Religion versteht: orthodoxer Kirchlichkeit. Um das Volk in die gewünschte Gemütsverfassung zu bringen, dazu gab und giebt es dann die allbekannte Dienerin der Kirche, die Schule, und das Universalrezept: mehr Religionsunterricht. Ist dies Ziel erreicht, dann müssen natürlich auf dem Gebiete der Sittlichkeit geradezu ideale Zustände eintreten. So deduzieren unsere Mucker, die ihr Ideal noch heute in der Zeit der fünfziger Jahre und der Stiehlschen Regulative erblicken, jener amtlichen Verordnung, deren gesucht frömmelnder Ton noch heute den Leser mit Anschen und Ekel erfüllt. In jenen goldenen Tagen der Muckerei gab es Religionsunterricht in schwerer Menge, also muß es doch wohl um die allgemeine Sittlichkeit glänzend bestellt gewesen sein? Lassen wir Zahlen reden. In dem Jahre, in welchem die Stiehlschen Regulative erlassen wurden, betrug die Zahl der unehelichen Kinder 109 auf 1000 Geborene. Sie ging nun nicht etwa in demselben Maße zurück, in dem die Zahl der mit dem Geist der Regulative genährten Jugend ins Leben trat, sondern wuchs umgekehrt bereits 1856 auf 113 und in den drei folgenden Jahren auf 117, 123 und 124. Während der ganzen Geltungsdauer der Regulative sank sie nicht unter 113, erst als das System bereits innerlich zusammengebrochen war, in den letzten Jahren des Mühlerschen Regiments, fiel sie auf etwa 100. Sofort mit dem Eintritt des bösen Falk ins Ministerium fielen die unehelichen Geburten auf 89, später sogar auf 86. Falk ging und Puttkamer kam. Mit der Wiederkehr des frömmelnden Geistes stiegen auch sofort die Zahlen der unehelichen Geburten auf 90 und darüber, und dabei ist es bis auf den heutigen Tag verblieben; das Jahr 1898 weist 91 uneheliche Geburten auf 1000 Geborene auf. Immerhin aber beträgt die Zahl der unehelichen Geburten jetzt rund ein Drittel weniger, als zur Zeit der vielgerühmten Regulative.

Wollte man also mit jenen orthodoxen Finsterlingen, die im Religionsunterricht den einzig notwendigen Unterrichtsgegenstand sehen und die anderen Lehrdisziplinen höchstens so weit zulassen wollen, als sie zu seiner Unterstützung dienen, einen notwendigen Zusammenhang zwischen Religion und Sittlichkeit annehmen, so müßte man auf Grund des auffälligen Parallelismus zwischen der Häufigkeit der unehelichen Geburten und der Zahl der Religionsstunden logisch folgern: Je mehr Religionsstunden, desto mehr uneheliche Geburten!

Wir dürfen wohl nicht erst betonen, daß wir an einen solchen Zusammenhang absolut nicht glauben. Denn diese Sittlichkeit hängt von ganz anderen Dingen als von der Zahl der in der Schule dem Gedächtnisse einverleibten Katechismusstücke, Liederverse 2c. ab. Aber eben weil hier ein Zusammenhang nicht besteht, niemals bestanden hat und niemals bestehen wird, darum soll man uns endlich mit der thörichten Behauptung in Ruhe lassen, daß pfäffische Herrschsucht auf dem Gebiete der Sittlichkeit etwas bessern könnte, selbst wenn ihr Einfluß noch großer würde, als er es derzeit leider schon ist.

Noch etwas vom Großherzog Peter.

Unser ganter Bruderblatt schreibt zu der Mitteilung, daß der „alte Peter" Abonnent des Sozialdemokrat gewesen: „Wir wissen aus zuverlässiger Quelle, daß Anfang der neunziger Jahre der Großherzog auch auf die Neue Zeit, die von J. H. W. Dietz herausgegebene sozialistische Revue, abonniert gewesen ist. Es wäre nun ganz falsch, zu folgern, der Großherzog habe eine demokratische oder gar sozialdemokratische Ader gehabt. Sein Widerstreben gegen die vom Landtag wiederholt beschlossenen und vom Lande gewünschten politischen Reformen, besonders auf dem Gebiete des Budgetrechts und der Volksschule, beweist das Gegenteil.

Es ist wahr, unterm Sozialistengesetz sind wir im Herzogtum Oldenburg gut behandelt worden gegenüber andern Bundesstaaten. Im Fürstentum Lübeck war die Sache schon schlimmer, da wurden z. B. im Jahre 1889 mehrere Flugblattverteiler, weil sie ein sozialdemokratisches Flugblatt, das während der Verbreitungszeit verboten worden war, verbreiteten, verhältnismäßig hart verurteilt.

Nicht vergessen sei bei dieser Gelegenheit das famose Flugblattverbot durch seinen Minister Jansen anzuführen. In unserer Druckerei wurde 1889 bei einer Haussuchung ein Wahlflugblatt, das für die oldenburgischen und ostfriesischen Wahlkreise bestimmt war, konfisziert. Das Ministerium des Innern, das dem Minister Jansen untersteht, fand nichts darin, warum das Flugblatt auf Grund des Sozialistengesetzes hätte verboten werden können. Es wurde verbreitet. In Ostfriesland wurde das Flugblatt, das genau denselben Inhalt hatte, wie das in Oldenburg verteilte, konfisziert und sozialistengesetzlich vom „liberalen" Oberpräsidenten Rudolf von Bennigsen verboten. Auf dieses Verbot hin, wahrscheinlich auf Denunziation der preußischen Polizei hin, verbot nun Herr Minister Jansen das Flugblatt auch, das er zwei Wochen vorher hatte als ungefährlich passieren lassen. Dies geschah unter des Großherzogs Peter Regierung. Doch liegt es uns fern, ihn persönlich dafür verantwortlich machen zu wollen. Dieser Fall beweist aber neben anderen Fällen, daß seine Regierung von dem Nachbar Preuß arg beeinflußt wurde nach dem Sprüchlein: Ich bin groß und Du bist klein.

Wenn man eine Erklärung dafür sucht, daß der Großherzog Peter die leitenden sozialdemokratischen Blätter gelesen hat, so kann man diese nur darin finden, daß er sich über die sozialdemokratische Bewegung und ihre Entwickelung unterrichten wollte. Die Sozialdemokratie erschien ihm als das Menetekel für die herrschende Gesellschaft mit ihren Regenten, er begriff ihr Vorhandensein, ihre Entwickelung, weil er ihre Ursachen erkannt hatte. Dadurch stand er sicher höher als manche Landtagsabgeordnete, die, wie die Sozialistendebatten im Landtage gezeigt haben, auf dem Standpunkte stehen, die Sozialdemokratie sei etwas von Agitatoren künstlich Gemachtes und nicht eine aus der gesellschaftlichen Entwickelung bedingte Notwendigkeit. Dafür wollen wir ihm unsere Anerkennung nicht versagen und kann er vielen Sozialistenfressern als Beispiel zur Nachahmung empfohlen werden." Die Oldenburger Nachr. f. St. u. L. können dem hinzufügen, daß der Großherzog auf seinen Reisen außerhalb Oldenburgs sozialdemokratische Versammlungen inkognito (als Unbekannter) besucht habe. Das Blatt bemerkt hierzu sehr richtig: „Daraus irgend welche Neigungen für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu entnehmen, wäre natürlich verkehrt; aus den erwähnten Thatsachen spricht nur das Bestreben des Großherzogs, sich über die sozialdemokratische Bewegung auf direktestem Wege eine möglichst genaue und unverfälschte Kenntnis zu verschaffen, ein Bestreben, das man manchem regierenden Herrn und hochstehenden Beamten dringend zur Nachahmung empfehlen möchte."

Internationaler Bergarbeiterkongreß zu Paris.

Am Schluß des fünften und letzten Tages begründet Cadot (Frankreich zur Frage der Lohnzustände folgende Resolution: „Die Grubenbesitzer haben den Kohlengräber-Gewerkschaften ein Lohnbuch zuzustellen, worin neben dem bezahlten Lohn die Arbeitszeit, Einfahrt und Ausfahrt inbegriffen, angegeben wäre." Die Unternehmer hätten stets diese gerechte Forderung verweigert. Der gegenwärtige Zustand begünstige die Aufstellung von übertriebenen Durchschnittslöhnen, was dann zur Bekämpfung der Lohnforderungen der Arbeiter diene.

Williams (England unterstützt den Vorschlag.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Hierauf beginnt auf belgischen und französischen Vorschlag die Besprechung der Lohnverhältnisse in den einzelnen Ländern, des Verhältnisses zwischen Lohn und Profit, sowie des Steigens der Kohlenpreise und der Profite seit 5 Jahren.

Pepin (Belgien führt detaillierte Zahlenangaben an, aus denen hervorgeht, daß die Löhne, obwohl in den letzten Jahren gestiegen, doch erheblich hinter dem Steigen der Produktion und der Profite zurückgeblieben sind. Daher fordern die Belgier eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für die Männer und 15 Proz. für die Arbeiter ohne Tage.

Hasley (England ist nicht in der Lage, detaillierte Zahlen zu geben. Die Unternehmer verheimlichten systematisch den Betrag des Profits. Im Durchschnitt seien die Löhne um 45 Proz. gestiegen.

Evrard (Frankreich beschränkt sich auf die Bemerkung, daß die Lohnzustände in Frankreich denen Belgiens ähnlich wären. Die Franzosen hätten eine Erhöhung von 10 Proz. erlangt, aber das genüge nicht, man müsse eine Erhöhung von 20 bis 25 Proz. anstreben.

Die deutsche Delegation verzichtet aufs Wort.

Als Mittel zur Erkämpfung einer Lohnerhöhung schlägt die belgische Delegation den internationalen Generalstreik der Bergarbeiter vor.

Glower (England spricht sich gegen den Generalstreik aus.

Cotte (Frankreich befürwortet den Generalstreik im Falle der Verweigerung der Lohnforderungen. Die Engländer hätten einen Fehler gemacht, als sie sich nach dem Streik von 1894 auf die Einrichtung von Versöhnungsämtern eingelassen hatten. Das binde ihnen die Hände für den Fall eines internationalen Streiks auf dem Kontinent. Die Bergarbeiter seien der Schlüssel zur Emanzipation des Proletariats.

Die deutsche Delegation erklärt kurz, den Generalstreik nicht befürworten zu können.

Hierauf wird über die gedruckte Resolution abgestimmt, in welcher lediglich von der Schaffung einer „allgemeinen Bewegung der Bergarbeiter aller Länder, sowie von den Mitteln, einen Erfolg zu erzielen" die Rede ist. Die Resolution wird angenommen.

Der nächste Kongreß soll im September 1901 stattfinden.

Hue (Deutschland schlägt vor, den nächsten Kongreß 1902 abzuhalten. Alljährliche Kongresse seien nicht mehr nötig. Die Sachlage sei bereits geklärt. Er unterschätze die Bedeutung der Kongresse nicht, im Gegenteil danke er den Engländern, die 1890 die Initiative zu den internationalen Kongressen ergriffen hätten. Aber man habe schon diesmal gesehen, daß immer dieselben Fragen und dieselben Resolutionen behandelt und angenommen werden. Die Deutschen könnten auch, wie die Engländer, 50 Delegierte schicken; die Erstarkung der deutschen Organisationen erlaubte das. Indes sehe man, daß die zahlreichen englischen Delegierten meist nur in geringer Zahl den Sitzungen beiwohnten.

Nach einer längeren Diskussion, in welcher Callewarte (Belgien und Pickard (England den deutschen Vorschlag bekämpfen, wobei letzterer darauf hinweist, daß die Deutschen nur je an einem Kongreß unter dreien teilnehmen, — wird auf englischen Vorschlag beschlossen, den nächsten Kongreß 1901 in London abzuhalten. Das genaue Datum soll vom ständigen Internationalen Komitee festgestellt werden.

Wahlen zum Internationalen Komitee. Pickard wird einstimmig unter allgemeinem Beifall zum Generalsekretär wiedergewählt. Pickard dankt und befürwortet eine Verbesserung des Komitees, eine wirklich allseitige internationale Vertretung in demselben. Bisher hätten nur Lemendin (Frankreich und Callewarte (Belgien ihre Pflicht als Komiteemitglieder voll erfüllt. Es gelte, den nächsten Kongreß besser vorzubereiten als bisher, die Tagesordnung solle im voraus von den Vertretern aller Länder genau durchberaten und festgestellt werden. Zum Schluß verspricht Pickard den Delegierten einen herzlichen Empfang in London im Jahre 1901.

Zum General-Schatzmeister wird Abraham (England gewählt.

Komiteemitglieder: England: Pickard und Ashton, Stellvertreter Abraham; Frankreich: Lamendin und Evrard, Stellvertreter Beraut; Belgien: Cavrot und Callewarte, Stellvertreter Marville; Deutschland Möller und Sachse. Die Deutschen, die auf dem Kongreß nicht vertreten sind, werden ihre Komiteemitglieder später wählen.

Der Kongreß schließt unter den Rufen: „Hoch der internationale Bergarbeiter-Bund!"

Zur Lage der Gewerkschaftsbeamten.

Unlängst veröffentlichten wir den Notschrei eines alten, um seine Gewerkschaft hochverdienten Gewerkschaftsangestellten. Jetzt schreibt ein Parteigenosse zu diesem Thema:

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hetzt die Scharfmacherpresse gegen die Führer der Arbeiterschaft. Die beliebtesten Anwürfe sind die, daß die Agitatoren sich von den „Arbeitergroschen mästen", bei ihrem Handwerk der „Arbeiterverhetzung" den „guten Tag" leben u. s. f. Die Soldschreiber der Unternehmer wissen ganz genau, daß sie damit in ärgster Weise Flunkerei treiben, ihr Zweck ist der, die Arbeiter gegen die Männer ihres Vertrauens aufzuwiegeln. Sie selbst, alle die im Dienst des Unternehmertums stehen, die Bued, die Beumer, die Zedlitz 2c. lassen sich ihre Wühlarbeit sehr gut bezahlen.

Wie wenig es zutrifft, daß die Beamten der Arbeiterschaft so glänzend bezahlt werden, das wurde recht drastisch dargethan durch eine Statistik, welche dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß vorgelegt wurde. Ein ähnliches Resultat würde sich bei der Aufnahme einer Statistik über die Gehaltsverhältnisse der Redakteure der sozialdemokratischen Parteipresse ergeben. (Eine solche Statistik wird vom Verein Arbeiterpresse aufgenommen.)

So lange eine Organisation jung ist und über geringe Mittel verfügt, wird sich dagegen nichts sagen lassen und jeder Angestellte wird gern das Opfer bringen, seine Gewerkschaft oder seinem Blatte für eine so geringe Entlohnung zu dienen, wie sie kein bürgerlicher Unternehmer für gleiche Arbeit sich zu bieten getrauen würde. Aber diese unnormalen Zustände dürfen nicht als dauernde, normale betrachtet werden. Leider befolgen die Arbeiterorganisationen in Deutschland, auch wenn sie längst in bessere finanzielle Verhältnisse gekommen sind (vielleicht gerade durch die Tüchtigkeit ihrer Beamten), bei der Festsetzung der Gehälter ihrer Beamten ein ganz falsches Prinzip. Sie normieren dieselben meist nach den Durchschnittslöhnen, die in dem betreffenden Berufe erzielt werden. Dabei wird in manchen Fällen gar nicht berücksichtigt, daß die zu Führern der Organisation Aufsteigenden in der Regel die intelligentesten und auch die in der Berufsthätigkeit tüchtigsten sind. Nicht genügend gewürdigt wird ferner der Umstand, daß der Beamte der Organisation viel mehr Ausgaben für Kleidung und Wäsche hat, als seine ehemaligen Berufskollegen, daß er gezwungen ist, seiner Fortbildung wegen (die aber wiederum im Interesse der Organisation liegt) sich Bücher und Zeitungen zuzulegen. Noch mehr ins Gewicht fällt die Thatsache, daß der Gewerkschaftsbeamte durch die Pflichten, die er nach seinen Bureaustunden im Interesse seines Verbandes auf sich nehmen muß, zu allerhand Aufwendungen gezwungen ist, wie sie die Abwesenheit vom Hause bezw. der Verkehr im Wirtshaus mit sich bringt.

Die politischen Vertreter der Arbeiterklasse sind in den Gesetzgebungs- und Verwaltungs-Körperschaften auf das eifrigste bestrebt — und mit Recht — die Löhne der städtischen und staatlichen Arbeiter und Angestellten fortgesetzt nach Möglichkeit zu verbessern, während diese selbe Arbeiterklasse ihre eignen Beamten vielfach, teils gewiß aus Mangel an Mitteln, teils aber auch aus falsch angewandtem Prinzip, in recht unwürdiger Weise entlohnt.

Die Arbeitsleistung eines besseren Bureaubeamten bei den staatlichen Behörden beträgt meist nicht über sieben Stunden (häufig nur sechs Stunden). Und während derselben haben sie vielfach rein mechanische Registrierarbeit zu verrichten; in den Bureaus unserer Verwaltungsbehörden herrscht eine solche weitgehende Arbeitsteilung, daß manche Beamte überhaupt nur mit einigen wenigen Formularen zu thun haben, deren sie sich bei ihren Berrichtungen, Berichten 2c. bedienen.

Dagegen die Beamten der Arbeiterklasse? Ihre Thätigkeit ist nicht bloß die vielseitigste, sondern sie haben auch in der Regel keinen Feierabend. Früh und spät, Werktags und Feiertags müssen sie zur Verfügung sein, ihr Amt zwingt sie vielfach, jedes reguläre, geordnete Familienleben aufzugeben. Die bürgerlichen Beamten erledigen in aller Ruhe ihr Pensum, vorschriftsmäßig, nicht mehr, nicht weniger; ist ihre Bureauzeit zu Ende, sind sie frei; schließen sie die Thür ihrer Kanzlei, so lassen sie auch alles, was mit ihrer Amtsthätigkeit zusammenhängt, sorglos hinter sich zurück. Der im Dienste der Arbeiterorganisationen stehende Beamte hat fast an jedem Abend irgend eine Sitzung, irgend eine Besorgung für den Verband. Und welches ungeheure Maß von Verantwortung hat der Führer einer Gewerkschaft, der Beamte der politischen Partei, oder auch die Redakteure der politischen Arbeiterpresse, welche letztere, namentlich in den kleineren Orten, vielfach alle Fäden der Bewegung in ihren Händen vereinigen, überall dabei sein müssen, unaufhörlich agitatorisch, organisatorisch thätig zu sein haben. Wie viel steht da häufig auf dem Spiele, z. B. bei Streiks. Welch hohes Maß von Umsicht und Thatkraft gehört dazu, die Bewegung über alle Fährnisse hinweg zu einem günstigen Abschluß zu bringen, welche Energie und Kaltblütigkeit, sich von der impulsiv handelnden, ungestüm vorwärts drängenden Masse nicht zu unbesonnenen Schritten drängen zu lassen.

Diese Thätigkeit, die fortgesetzte Aufregung, verbunden mit den Widerwärtigkeiten, kleinlichen Angriffen aus den eigenen Reihen, mit denen jeder Arbeiterführer zu rechnen hat, alles dies ist geeignet, selbst die robusteste Natur in einigen Jahren gesundheitlich vollständig herunterzubringen. Solche Fälle, wie sie in den eingangs angeführten Beispielen in die Erscheinung treten, sind denn leider auch nicht allzu selten.

Immerhin soll nicht verhehlt werden, daß sich auch hier langsam aber stetig eine Entwickelung zum Besseren bemerkbar macht. Namentlich trifft das zu in Bezug auf die Beamtengehälter, welche die Gewerkschaftsorganisationen in wohlverstandenem eigenen Interesse in letzter Zeit vielfach erhöht haben. So konnten wir erst kürzlich im Bericht über das münchener Arbeitersekretariat lesen, daß der Ausschuß das Gehalt der beiden Sekretäre aus eigener Initiative von 2000 auf 2400 M. erhöhte.

Weniger erfreulich liegen die Dinge noch auf dem Gebiet der Arbeitsleistung. Hier ist die Einsicht noch nicht genügend durchgedrungen, daß man den Beamten nicht über Gebühr ausnützen sollte, daß man ihm Zeit gewähren muß zur Erholung und Erneuerung seiner Kräfte, und schließlich auch zu seiner ferneren Fortbildung.

Leider nur erst bei wenigen Gewerkschaften und unseres Wissens auch noch nicht bei allen Parteizeitungen ist es üblich, den Beamten und Redakteuren alljährlich einen Urlaub zu gewähren. Und wie notwendig ist ein solcher. Leute, die jahrein jahraus in engen staubigen Bureauräumen, über Büchern und Zeitungen hockend, zubringen müssen und die den weitaus größten Teil ihrer „freien" Zeit in Sitzungen (meist im Wirtshaus) verbringen, bedürfen unbedingt einige Wochen der Ausspannung. Um die Schäden der sitzenden Beschäftigungsart und der geistigen Anstrengung, die durch unvermeidlichen Aerger aller Art noch vergrößert werden, einigermaßen wieder wett zu machen, ist eine zeitweise Einstellung jedweder Berufsthätigkeit das einzige Mittel. Die Erfrischung und Erholung des Beamten liegt im ureigensten Interesse der betreffenden Institutionen. Diese Anschauung bricht sich denn auch immer mehr Bahn und es haben in den letzten Jahren bereits eine Reihe Gewerkschaften ihren Beamten einen (in den meisten Fällen allerdings einen zu kurzen — 8 Tage) Urlaub gewährt. Wenn der kleine Verband der Gastwirtsgehilfen seinen zwei Beamten der Hauptverwaltung schon seit einigen Jahren je 14 Tage und jetzt drei Wochen Ferien gewährt, so müßten das wohl die bessergestellten größeren ebenfalls können.

Freilich, wir wissen wohl: Jeder, der sich in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt, muß sich bewußt sei, daß er nicht ein ruhiges, bescheidenes und geregeltes Beamtendasein führen kann, eine kämpfende, unaufhaltsam vorwärts strebende Klasse braucht den ganzen Mann, die volle Kraft und Hingebung jedes einzelnen. Aber im Interesse dieser Bewegung liegt es auch, daß ihre Führer und Beamten nicht über die Maßen angestrengt und vorzeitig kampfunfähig gemacht werden.

Soziales.

— **Ein Geständnis.** Der Geschäftsbericht der Handelskammer für Oberfranken lobt die aufwärtssteigende Tendenz der Korbwarenindustrie, mit der dadurch selbstverständlich verbundenen Verbesserung der Arbeiterlage und meint:

„Die Arbeiter fangen nun auch an, mehr Neuheiten zu ersinnen und sind auch in der Mehrzahl nicht mehr so darauf bessen, nach den alten Mustern weiter zu arbeiten."

Damit ist doch zugestanden, daß die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter erzieherisch einwirkt. Wie würde sich erst der Erfindungsgeist regen, wenn in einem Gemeinwesen dem Volke die Nahrungssorgen vollständig genommen sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190007 11-12/fragment/page=0005

— **Achtung, Ehemänner, die kräftige Frauen besitzen!** Der Stadtrat von Falkenstein i. V. scheint etwas auf kräftige Frauen zu halten. Er erläßt nämlich folgende Bekanntmachung:

An den beiden hiesigen Schulen sind die Stellen der Hausleute sofort zu besetzen. Gehalt 800 Mk. Freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Vierwöchige Kündigung. Abfindungsbetrag für die Reinhaltung der Gebäude. Für den Posten an der neuen Schule ist Erfordernis volles Vertrautsein mit der Bedienung einer Zentralheizung. Gelernte Schlosser oder Heizer sollen bevorzugt werden. Gesunde und verheiratete und im Besitze kräftiger Frauen befindliche Bewerber wollen ihre Gesuche bis zum 5. Juli dieses Jahres anher einreichen.

Falkenstein, am 28. Juni 1900.

Der Stadtrat.

Queck.

Also los! Wer etwas von der Zentralheizung versteht und ein athletisch gebautes Ehegespons besitzt, kann als Hausmann beim Falkensteiner Stadtrat 800 M. jährlich verdienen. — Wie angenehm aber für den Falkensteiner Bürgermeister, daß bei Ausschreibung seiner Stellung nicht auch die „kräftige Frau" zu einer der Anstellungs-Bedingungen gemacht worden ist.

— **Der Schulnotstand im preußischen Osten** wird, wie man uns aus Thorn schreibt, durch folgende Mißstände in ein recht grelles Licht gesetzt: In dem großen deutschen Grenzdorfe Leibitsch, im Kreise Thorn, hatten schon bisher drei Lehrer die gewiß nicht leichte Aufgabe zu bewältigen, in vier Klassen über 280 Kinder zu unterrichten. Soeben hat nun einer dieser Lehrer, Herr Massakowski, zur Wiederherstellung seiner stark angegriffenen Gesundheit einen Urlaub von 2½ Monaten erhalten. Hierdurch gestalten sich die schon an und für sich sehr mißlichen Unterrichtsverhältnisse natürlich noch wesentlich ungünstiger; denn jetzt müssen — sage und schreibe: zwei Lehrer die mehr als 280 Schulkinder in vier Klassen unterrichten! Daß bei dieser Art Unterricht nicht viel Ersprießliches herauskommen kann, leuchtet wohl ohne weiteres ein. Und dabei ist die Anstellung eines vierten Lehrers schon seit mehr denn Jahresfrist beantragt worden; die dringende Bitte des Schulvorstandes ist aber — trotz des schreienden Notstandes — bisher immer noch nicht erfüllt worden.

Ferner wird dem Niederschl. Anz. aus Tschiefer bei Neusalz geschrieben: Heute sind es vier Wochen, seit die hiesige katholische Schule im Auftrage des Landrats bis auf weiteres geschlossen worden ist und Lehrer und Kinder unfreiwillige Ferien haben, weil nach dem schriftlichen Gutachten des kgl. Kreis-Bauinspektors, welches bereits vor längerer Zeit der kgl. Regierung vorgelegen hat, die Decke des Schulzimmers wegen des verfaulten Tragbalkens einzustürzen droht. Bis heute ist noch nicht das geringste geschehen, um den Bauschaden zu beseitigen. Die kgl. Regierung ist verpflichtet, von Patronats wegen das Holz zu dem Balken zu liefern.

— **Eine hübsche Verspottung der Mittelstandsrettung** durch die Warenhaussteuer bringt die Köln. Ztg.:

„Nachdem nun einmal Herr v. Miquel durch sein weitausschauendes Rettungswerk der Warenhaussteuer dem Mittelstande die Wege gewiesen hat, auf denen der Staat ihm zu helfen vermag, wird es darauf ankommen, diese Wege recht rasch und gründlich auszubauen. In der Reichshauptstadt ist jetzt ganz besondere Gelegenheit dazu; von weither treffen dort zur Zeit gewaltige Sendungen frischen Obstes ein, und je mehr der Vorrat der Gefahr des Verderbens ausgesetzt ist, um so dringlicher ist der Zwang, alle Reste zu jedem Preise zu verkaufen. Dies benutzen zahlreiche fliegende Händler, um den ständigen Obst- und Lebensmittelgeschäften, die in zahlreichen Kellern durch die ganze Stadt verbreitet sind und im allgemeinen für die tägliche Lebensmittelversorgung der Bewohner der anliegenden Straßen sich unentbehrlich gemacht haben, das Dasein schwer zu machen und den Erwerb zu vereiteln. Großkapitalisten unter den fliegenden Händlern, welche sogar im Besitz eines offenen Wagens und eines Pferdes sind und über mindestens 5 Pfennige bare Mittel zu verfügen haben, kaufen von der Zwischenhand die dem Verderben am schnellsten ausgesetzten Reste der Kirschen, Erdbeeren, Johannis- oder Stachelbeeren zu billigsten Preisen auf, sie stellen sich an die belebtesten Straßenecken, mit besonderer Vorliebe dicht vor den Obstkellern zum Sonderverguügen der Ladenbesitzer in diesen, sie preisen mit unwiderstehlicher Anmut und Beredsamkeit die Vorzüge ihrer jeder Witterung und jedem Straßenstaub offen und rasch dem Verderben ausgesetzten Waren zu „sechs Dreiern das Pfund" aus; und zahlreiche Vorübergehende wissen die Billigkeit dieses Preises zu würdigen und kaufen nach Kräften, zumal sie noch umsonst alte Zeitungsmaculatur zum Einwickeln hinzubekommen, während in den Obstkellern eine besondere Düte oder weißes Papier ihnen geliefert werden muß und das Obst dort durchweg frischer, besser und auserlesener, aber auch freilich meist etwas teurer ist. Wo in einer solchen Straße ein solcher Wagen einmal Posten gefaßt hat, ist für den Tag in den benachbarten Straßen der Obstverkauf in den Kellern und Läden an den Wurzeln getroffen und in ihnen auf einen Reinertrag nicht mehr zu rechnen. Diese Verkaufswagen sind also der wirtschaftliche Ruin des alten befestigten Ladenbesitzes; und da in Preußen noch immer der alte schöne Spruch: Jedem das Seine, gilt, so ist zu hoffen, daß nunmehr Herr v. Miquel recht bald gegen diese den Mittelstand vernichtenden großkapitalistischen fliegenden Obsthändler durch eine neue und zugkräftige Umsatzsteuer nach Art der Warenhaussteuer einschreiten wird. Er soll bereits mit seinem Freunde v. Brockhausen die erste Beratung gepflogen haben."

Die erste Generalversammlung des Verbandes der Tapezierer und verw. Berufsgenossen

fand vom 27.—29. Juni d. J. in Nürnberg statt. Anwesend waren 26 Delegierte.

Den Bericht des Vorstandes erstattet Kollege Mierow. Mitglieder zählt der Verband zur Zeit 4000. Die Einnahmen betrugen 1897: 2550.43 Mk., die Ausgaben 1618.92 Mk. Für die Presse wurden verausgabt vom 1. Oktober 1897 bis 31. Dezember 1899: 7298.75 Mk.; für Agitation 424.50 Mk.; für Verwaltungskosten 1282.91 Mk.; für Reiseunterstützung im Jahre 1899: 912.87 Mk.

Ueber die Presse berichtet namens der Preßkommission Köster-Leipzig. Die Auflage der Zeitung stieg von 2000 im Jahre 1897 auf 5200.

Ueber Organisation und Agitation referiert Schmidt-Berlin. Aus dem Referat und der darauf folgenden Diskussion ist zu entnehmen, daß allerseits eine Erhöhung der Beiträge und dafür die Einführung von Unterstützungseinrichtungen als im Interesse des Verbandes liegend für unbedingt notwendig erachtet wurde. Man erwartet dadurch eine größere Stabilität im Mitgliederbestande und besonders ein erhöhtes Interesse der älteren Kollegen, die dem Verbande heute noch fern stehen.

Das Referat über Arbeitslosenunterstützung hält Grünwaldt-Hamburg. Er weist an der Hand der Vierteljahrshefte des Statistischen Amtes nach, daß der Tapeziererberuf derjenige Beruf sei, der am stärksten an Arbeitslosigkeit leide, uns folgen dann die Bildhauer. Nach dem erscheine es vollständig ausgeschlossen, in absehbarer Zeit die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande einzuführen. Selbst bei ganz minimalen Unterstützungssätzen würde ein wöchentlicher Beitrag von 45 Pf. erforderlich sein.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Ueber die Stellung zur Zwangsinnung entspinnt sich eine lebhafte und umfangreiche Debatte, in der zugegeben wird, daß der Gehilfenausschuß wohl niemals großen Erfolg in den Innungen haben werde. Trotzdem seien mancherlei Vorteile zu erlangen, die es vorteilhaft erscheinen lassen, sich überall an den Wahlen zu den Gehilfenausschüssen zu beteiligen und organisierte Arbeiter in dieselben zu bringen.

In der Statutenberatung, der eine Generaldebatte vorausgeht, wird allseitig zugegeben, daß eine Erhöhung der Beiträge und eine Leistung von Unterstützungen eingeführt werden müsse. Folgende Grundsätze werden festgelegt:

Der Kassierer und der Redakteurposten ist einer Person zu übertragen und diese ist fest anzustellen.

Der Sitz des Hauptvorstandes bleibt in Hamburg.

Der Beitrag pro Woche wird für männliche Mitglieder auf 25 Pf. festgesetzt; für weibliche Mitglieder bleibt der bisherige Beitrag von 10 Pfg. bestehen.

Die Reiseunterstützung wird von 75 Pf. auf 1 Mk. erhöht; die Karrenzzeit von 26 Wochen bleibt bestehen. Die Reiseunterstützung kann bis zum jährlichen Höchstbetrage von 20 Mk. gewährt werden.

Es wird ferner beschlossen, eine Sterbeunterstützung nach folgenden Sätzen einzuführen: Stirbt ein Mitglied oder dessen Ehefrau, so erhält es resp. dessen Ehefrau ein Sterbegeld von 30 Mk., sofern es dem Verbande 52 Wochen angehört; dasselbe steigt jährlich um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 75 Mk. Unter gleichen Voraussetzungen bei Todesfällen von Kindern ein Sterbegeld von 15 Mk. bis zum Alter von 10 Jahren, von 25 Mk. im Alter von über 10 bis 15 Jahren.

Desgleichen eine Krankenunterstützung für Mitglieder, die dem Verbande 52 Wochen angehören (bei ärztlich beglaubigter Erwerbsunfähigkeit), von 75 Pf. pro Tag, gleich 4.50 Mk. pro Woche, jedoch erst nach der 6. Woche vom Beginn der Krankheit, und zwar für 10 Wochen bis zum Höchstbetrage von 45 Mk. innerhalb eines Jahres.

Weibliche Mitglieder haben nur Anspruch auf die Hälfte sämtlicher Unterstützungen.

Mitgliedern, die wegen ihrer Verbandsthätigkeit gemaßregelt werden, kann auf Antrag der Lokalverwaltung nach Ermessen des Vorstandes und Ausschusses eine Unterstützung gewährt werden.

Es wird beschlossen, den Kassierer und Redakteur als Geschäftsführer mit einem Gehalt von 1800 Mk. jährlich zu besolden. Die Entschädigung des Vorsitzenden soll der Vorstand und Ausschuß nach dem Umfang der erforderlichen Arbeit gemeinsam regeln.

Die Zeitung soll auch ferner alle 14 Tage erscheinen.

Der bisherige Redakteur, Becker-Leipzig, wird als Geschäftsführer gewählt, als 1. Vorsitzender des Verbandes Grünwaldt-Hamburg. Der Sitz des Ausschusses bleibt Berlin. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Magdeburg bestimmt.

Die neuen statutarischen Bestimmungen treten am 1. Oktober 1900 in Kraft, während die Kranken- und Sterbeunterstützung erst vom 1. Oktober 1901 — gewährt wird.

Jahresbericht des Gewerkschaftskartells Zeitz.

Das Gewerkschaftskartell war auch in diesem Jahre bestrebt, die Organisationen zu erweitern. Neu gegründet sind im Berichtsjahr vom 1. Juni 1899 bis 30. Juni 1900 die Zahlstellen der Sattler, der Schmiede, der Bau- und Erdarbeiter, sowie innerhalb des Holzarbeiterverbandes die Sektion der Instrumentenmacher und die der Maler innerhalb des Verbandes der Maler und Lackierer.

Auch haben die Organisationen in Bezug auf Mitgliederzahl ziemliche Fortschritte gemacht. So haben die Holzarbeiter sich mehr als verdoppelt (rund 500 Mitglieder), die Brauer sind von 8 auf 40 Mitglieder gestiegen, ähnlich die Buchdrucker und Buchbinder, die Maler sind von 30 auf einige 80 gestiegen, auch haben die Metallarbeiter eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen. Im ganzen bestehen zur Zeit 23 Organisationen mit zusammen rund 1800 Mitgliedern.

Gleichzeitig war das Kartell bestrebt, für die Arbeiter mehr Versammlungslokale zu suchen. Es wurde zu diesem Zwecke bei allen Inhabern von Sälen und Vereinszimmern angefragt, ob diese geneigt seien, ihre Lokale zur Verfügung zu stellen. Dieses hatte zur Folge, daß 30 Wirte sich dazu bereit erklärten. Es sind dieses folgende Lokale: Heiterer Blick, Felsenkeller, Schindlers Konzerthaus, Stadtgarten, Meinecks Restaurant, Thüringer Hof, Franziskanerkeller, Wagner, Voigstraße und Deutscher Kaiser in Aue. Diese standen schon bis dato der Arbeiterschaft zur Verfügung; neu hinzu kamen: Eisert, Braustraße, Petzoldt, Altenburgerstraße, Altenburger Hof, Burggarten, Hofjäger, Stötzner, Stephanstraße, Reichholdt, Stephanstraße, Kehr, Messerschmiedstraße, Meinicke, Rahnestraße, Fröbisch, (Reichskanzler), Steinert, Weberstraße, Otto, Kaiser Wilhelmstraße, Trebs, Kaiser Wilhelmstraße, Kämpfe, Wasservorstadt, Schlag, Badstubenvorstadt, Wartburg, Weißenfelserstraße, Maier, Leipzigerstraße, Bemmann u. Scheibner, Bahnhofstraße, Gute Quelle und Herm. Wagner, Schützenstraße.

Entschieden verweigert wurden die Bürgererholung, Zentralhalle, Reichshalle, Palmbaum, Waldschlößchen. Einige schützten noch verschiedene Hindernisse vor, auf welche wir nicht näher eingehen wollen. Der Erfolg der Umfrage zeigt aber zur Genüge, daß die Macht der Organisation anerkannt wird. Wirte, welche noch in diese Liste aufgenommen zu werden wünschen mögen ihre diesbezügliche Erklärung abgeben.

Daß auch die Herren Arbeitgeber diese Macht erkannt haben, beweisen die verschiedenen Versuche, den Organisationen eins auszuwischen. Dieses wurde jedoch in den meisten Fällen pariert. An Streiks und anderen Differenzen war dieses Jahr reicher als alle vorherigen. Es sind zu verzeichnen der Streik der Lackierer bei den Firmen E. A. Räther und Opel und Kühne, der Streik der Bergleute, der Streik der Instrumentenmacher bei Morenz, der Tischler bei Haller und Burkhardt, die Streiks der Maler und der Maurer, sowie die Differenzen der Tischler mit der Firma E. A. Räther.

Verloren gingen die Streiks der Lackierer, Bergleute und Tischler bei Haller u. Burkhardt. In allen anderen Fällen war entweder der volle oder teilweise Erfolg zu verzeichnen. Sehr in die Enge getrieben wurde die Firma Räther bei ihrem Bestreben, die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes zu vernichten. Die Firma suchte ihre Arbeiter (Tischler) durch Nadelstiche zu provozieren. Als dieses nicht gelang, fing die Firma an, mit Maßregelungen vorzugehen. Sie benutzte dazu die Zeit, in welcher der Riesenkampf in Berlin ausgefochten wurde. Jedoch hatte die Firma die Umsicht der Holzarbeiter resp. deren Taktik falsch eingeschätzt. Nach dem Sprüchwort: Hauft Du meinen Juden, haue ich Deinen Juden, verfuhren auch die Holzarbeiter. Die 10 Gemaßregelten welche 6—19 Jahre bei der Firma beschäftigt waren, wurden unterstützt, aber plötzlich sah sich die Firma von fast sämtlichen ledigen Arbeitern entblößt. Diese sagten sich, wenn die verheirateten Kollegen arbeitslos werden sollen, werden wir uns Zeitz von außen ansehen. Und siehe da, was that die Firma Räther. Die schon in Aussicht stehenden weiteren Maßregelungen unterblieben, ja noch mehr. Fast noch nie hatte die Firma Leute direkt von der Straße eingestellt, jetzt griff sie zu, was nur immer zu bekommen war. Aber ach, o weh, nun hielt auch noch der Verband der Holzarbeiter den Zuzug fern. Gegenwärtig stehen noch immer einige Bänke verwaist. Die besten Kräfte haben der Fabrik den Rücken gekehrt. Die Firma hat zwar einige Leute, aber meist nur schwache Kräfte. Uns liegen einige Lohnzettel vor, nach diesen haben ausgezahlt erhalten A. in 14 Tagen 17.50, B. in derselben Zeit 15.21 Mark. Ja, Herr Räther, das sind die Tage, von denen wir sagen, sie gefallen uns nicht. Erfolgreich waren die Streiks der Instrumentenmacher bei Morenz und der Maler. Der Streik der Maurer ist zur Zeit noch nicht beendet. Weiter kamen noch Differenzen in der Oettlerschen Brauerei vor, diese sind ebenfalls noch nicht erledigt. Der reiche Unternehmer zahlt Löhne, welche geradezu ein Hohn sind zu den Leistungen, welche an Brauereiarbeiter gestellt werden. Der Leipziger Formerstreik schlug seine Wellen

Zwischen Himmel und Erde.

38] Roman von Otto Ludwig.

Der alte Herr ließ es in seiner diplomatischen Art zu reden an dergleichen Andeutungen nicht fehlen. Christiane sah den Mann, von dem die Leute meinten, er könne, ja er müsse sie heiraten, noch immer hoch über sich; es war ihr in dieser Beziehung wie in allen Bedürfnis; Pflicht und Wollust sich in seinem Willen zu ergeben, den sie den reinsten und den heiligsten wußte. Wenn sie trotz dieser Ergebung Wünsche und Hoffnungen nährte, wer wird es nicht natürlich finden? wer möchte es ihr verdenken?

Der alte Herr war überzeugt, hätte er das Regiment behalten, es wäre alles anders gekommen. Hatte er doch, was Apollonius verdorben, noch zu dem besten Ende geführt, das möglich war. Die Not hatte ihm das Heft noch einmal in die Hand gedrückt und er wollte es nicht wieder fahren lassen. Die durch den glücklichen Erfolg erhöhte Meinung von sich hatte ihn vergessen lassen, daß er schon zweimal gegen der Einsicht gezwungen worden war, eine Leitung im blauen Rock sei nur dann möglich, wenn man nicht mit fremden Augen sehen müsse. Er sollte es zum drittenmal erfahren. Es war kein Wunder, daß er Apollonius' seitherigem Handeln falsche Beweggründe unterlegte. Schon als er sich der Tüchtigkeit des Sohnes gefreut hatte, war ihm zugleich die Furcht gekommen, die Valentins Geständnis der Verschweigung ihm zur Wahrheit machte. Er sah hinter der vorgegebenen Schonung des Sohnes um so natürlicher Eigennächtigkeit und die Lust, ein verdecktes Spiel zu spielen, als er ihn dabei nur an dem eigenen Maßstab maß. Es war das Nächtliegende, daß er in dem Sohne die eigenen Neigungen voraussetzte. Schon damals hatte er mit einer Art Eifersucht empfunden, daß er selbst der tüchtigen Jugend des Sohnes gegenüber in seiner Blindheit nichts mehr war und nichts mehr konnte. Der Argwohn, der seine Hilflosigkeit ihn gelehrt, mußte ihm sagen, daß Apollonius trotz seines mühsamen Verbergens dahinter gekommen war, und so sah er auch die Verachtung, mit unter den Beweggründen vom Handeln des Sohnes.

Seit jener Nacht vor seines älteren Sohnes gewaltsamem Tode war Herr Nettenmark wiederum als Leiter an die Spitze des Geschäfts getreten. Apollonius berichtete ihm täglich über den Fortgang der laufenden Arbeiten und holte seine Befehle ab. Ist eine Arbeit einmal in ihr Geleis gebracht, dann führt sie sich selbst und es bedarf von Seite des Leitenden nur Beaufsichtigung und gelegentliches Antreiben. Soll aber eine neue unternommen werden, dann gilt es die Geleise erst zu suchen, in denen sie laufen kann, und aus diesen wieder das kürzeste, das sicherste und gewinnvollste auszuwählen. Der Arbeiter erschwert oft die Aufgabe, indem er selbst mit hineinsprechen will oder besondere Nebenwünsche hat, die der Meister zugleich mit erfüllen soll. Ort, Zeit und Material machen ihre Selbständigkeit und Eigenartigkeit geltend. Nicht jede Arbeit kann man jedem Arbeiter anvertrauen; über der neuen darf der Meister nicht die bereits laufenden vergessen. Wahl, richtige Anstellung und Verteilung der Kräfte haben ihre Schwierigkeit. Entfernung, Wetter sprechen dann auch ihr Wort dazu. All das will überwunden sein, und so überwunden, daß neben Wunsch und Vorteil des Baugebers auch Handwerksehre und Vorteil des Meisters nicht ins Gedränge gerät. Dazu gebraucht's offene, klare Augen von raschem Ueberblick. Daß Apollonius diese besaß, erkannte der alte Herr schon in dessen erster Meldung. Diese betraf eine besonders schwierige Aufgabe. Apollonius stellte sie mit solcher Klarheit dar, daß der alte Herr die Dinge mit leiblichen Augen zu sehen glaubte. Es war ein Fall, in welchem den alten Herrn seine Erfahrung im Stiche ließ. Apollonius machte er keine Schwierigkeit. Er zeigte drei, vier verschiedene Wege, ihm gerecht zu werden, und versetzte den alten Herrn in eine Verwirrung, welche er kaum zu verbergen wußte. Ueber die knöcherne Stirn unter dem deckenden Augenschirm zog eine wunderliche, wilde Jagd der widersprechendsten Empfindungen: Freude und Stolz auf den Sohn, dann Schmerz, wie er selbst nun doch nichts mehr war, doch nichts mehr konnte; dann Scham und Zorn, daß der Sohn das wußte und über ihn triumphiere; Lust, ihn zu bändigen und ihm zu zeigen, daß er noch Herr und Meister sei. Aber wenn er sich durchsetzen wollte: würde der Sohn gehorchen? Er konnte nichts besseres ersinnen, als der Sohn ihm vorgelegt hatte; befahl er etwas anderes, so bestärkte er den Sohn in seiner Nichtachtung; und der gab sich dann das Ansehen, des Vaters Befehl zu vollziehen, und that doch, was er selber wollte. Und er konnte das nicht hindern, ihn nicht zwingen. Er mußte ja glauben, was der Sohn und was die Leute ihm sagten. Hatte er nicht anderthalb Jahre lang glauben müssen, was der Sohn ihm sagte, und die Leute hatten dem Sohne geholfen? Und stellte er einen Fremden dem Sohn zum Beobachter, war er der Treue des Fremden gewiß? Und wenn er das sein konnte; stellte er nicht selbst dann erst seine Hilflosigkeit ins Licht, daß die ganze Stadt erfuhr, er war ein blinder Mann, der nichts mehr war und nichts mehr konnte, und mit dem man spielte, wie man wollte? Es blieb ihm kein Mittel, auch nur den Schein des Regiments beizubehalten, als seine diplomatische Kunst. Mit grimmvoller Stimme gab er nun Befehle, die eigentlich unnötig waren, weil sie Dinge betrafen, die sich von selbst verstanden und ohne Befehl gethan worden wären. Bei neuen Arbeiten, die erst in Gang gebracht werden mußten, mißbilligte er mit Zorn die Vorschläge Apollonius'; und der Befehl, den er endlich gab, lief in der Hauptsache auf die Annahme des Vorschlages hinaus, der Apollonius als der zweckmäßigste erschienen war. Hintennach stellte er sich bei sich selber nach Möglichkeit wieder her; er fand etwas aus, das er für klüger hielt als den Vorschlag Apollonius'; war er überzeugt, daß, wenn er nur sein Gesicht noch hätte, alles doch noch ganz anders gehen würde, dann konnte er sich der Freude und dem Stolz über die Tüchtigkeit des Sohnes ungehindert hingeben, bis er wiederum in die zornige Notwendigkeit versetzt wurde, seine diplomatische Kunst anzuwenden. Apollonius ahnte so wenig von dem Zwang, den er, ohne zu wollen, dem alten Herrn auflegte, als von dessen Stolz auf ihn. Ihn freute es, daß er dem Vater von den Geschäften nichts mehr verheimlichen mußte und daß sein Gehorsam der Erfüllung seines Wortes nicht im Wege stand. Auch von dieser Seite her wurde der Himmel über dem Hause mit den grünen Läden immer blauer. Aber der Geist des Hauses schlich noch immer händeringend darin umher. So oft es Zwei schlug in der Nacht, stand er auf der Emporlaube an der Thür von Apollonius Stübchen und hob die bleichen Arme wie flehend gegen den Himmel empor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000711-12/fragment/page=0006

ebenfalls nach Zeitz und wurden hierüber mehrfache Verhandlungen mit den Arbeitgebern angebahnt. Hier war ein wesentlicher Erfolg jedoch nicht zu verzeichnen. Einen desto größeren Erfolg hatte die Bewegung der Instrumentenmacher bei Erzielung einer verkürzten Arbeitszeit. In fast allen in Betracht kommenden Fabriken wurde ohne offenen Kampf eine Verkürzung der Arbeitszeit um ½ bis 1½ Stunden errungen, In etlichen Fabriken wurden gleichzeitig die Löhne der auf Stundenlohn beschäftigten Arbeiter entsprechend aufgebessert.

Analog mit diesen Kämpfen mit den Arbeitgebern gesellte sich noch der Kampf mit der Behörde. Eine ganze Reihe von Prozessen entstanden während der verschiedenen Differenzen. Während einige streikende Lackierer in den Maschen des Gesetzes hängen blieben, hatte die Behörde bei den Holzarbeitern zwei eklatante Niederlagen zu verzeichnen. Das eine Mal sollte ein Tischler Strafe berappen, weil er innerhalb der Fabrik Gelder gesammelt, das andere Mal sollte das Vereinsrecht übertreten sein. In beiden Fällen erfolgte kostenlose Freisprechung.

Die Aufhebung des Koalitionsverbotes benutzend, wurde das Statut des Kartells entsprechend geändert. Hiernach haben die einzelnen Gewerkschaften bestimmte Beiträge (pro Mitglied vierteljährlich 5 Pfg.) an das Kartell zu entrichten, auch die Zahl der Vertreter richtet sich nach der Stärke der Organisationen. Auch wurde durch die Verschmelzung aller Gewerkschaftsbibliotheken für die organisierte Arbeiterschaft eine wohlthuende Einrichtung getroffen. Die vereinigte Bibliothek steht für alle organisierten Arbeiter offen, durch diese hofft das Kartell ein besseres Verständnis für die Litteratur unter der arbeitenden Klasse hervorzurufen. Mögen sich die Arbeiter recht rege daran beteiligen.

Zur Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) schickte das Kartell ebenfalls einen Delegierten und wurden auch eine Anzahl Protokolle hierüber an die Zeitzer Arbeiter abzugeben. Ebenso beantragten die Gewerbegerichts-Beisitzer auf Veranlassung des Kartells beim hiesigen Magistrat eine Gesamtsitzung des Gerichts, um zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. Dem Antrag wurde stattgegeben und wurden auch einige Erleichterungen bei Wahlen usw. erzielt. Jedoch lehnte der Vorstand des Gerichts eine Erörterung über das Zuchthausgesetz ab, da dieses nach Meinung des Magistrats eine rein politische Frage sei. Das Bestreben einiger Beisitzer, durch gemeinsame Aussprache sich über gewisse Fragen zu unterrichten, scheiterte, da es niemals gelang, die Beisitzer vollzählig zusammenzurufen.

Ernste Differenzen brachen aus zwischen dem Kartell und den Organisationen einerseits und dem Wirt der Herberge H. Meinek andererseits. Niemals wird die organisierte Arbeiterschaft verlangen, daß der Wirt, wo sie verkehrt, ihre Anschauungen teilt. Sie benutzt das Lokal nnd weiter geht ihr Verlangen nicht. Herr Meinek glaubt jedoch mit den Arbeitern nach Belieben umspringen zu können. Nach einem rüpelhaften Auftreten eines reisenden Handwerkers erklärte der Herr, lieber keine Organisierten mehr aufzunehmen. Er versteg sich zu der Behauptung, daß Rüpel nur unter den Verbändlern vorkämen, diese pochten einfach auf ihr Recht als Organisierte. Trotzdem ihm nachgewiesen wurde, daß die organisierten Arbeiter ihn häufig gegen unorganisierte Latticher geschlitzt hatten, blieb er bei seiner Behauptung. Die Arbeiterschaft beantwortete diese Brüskierung damit, daß alle Organisationen das Lokal aufgaben. Bei anderen Wirten wurden sie mit offenen Armen empfangen. Später versuchte Herr Meinek die Sache zu bemänteln, indem er einen Kollegen zu dem Vorsitzenden des Kartells schickte, er wolle alles zurücknehmen. Dieses Anerbieten wurde unterseits unbeantwortet gelassen, da die ganze Arbeiterschaft dem Antrage zujubelte, Herrn M. die Spitze zu bieten.

Die Ausarbeitung der Wohnungsstatistik wurde einem Kollegen aufgegeben und wird diese Veröffentlichung besonders geschehen.

Versammlungen hielt das Kartell im ganzen 32 ab, darunter 15 engere und 17 öffentliche. Letztere befaßten sich zum großen Teile mit Differenzen mit Arbeitgebern und Organisierung neuer resp. anderer Berufe.

An Streik-Unterstützung leistete das Kartell 406.15 M. und zwar für die dänischen Ausgesperrten 224.90, Lederarbeiter Wilster 30, kreifelder Färber 20, berliner Steinarbeiter 15, Formstecher 15, böhmischen Bergleute 45, tuttlinger Schuhmacher 20, Former Leipzigs 8, Maler und Lackierer Zeitz 28.15 M.

Für Inserate gab das Kartell 73, für Vorträge 46 M. aus. Die Gesamt-Einnahme beträgt 731.84 M., die Gesamt-Ausgabe 653.92 M., bleibt ein Kassenbestand von 77.92 M.

Um den neugegründeten Organisationen die Arbeit zu erleichtern, wurden in die Versammlungen regelmäßig Delegierte des Kartells entsandt, welche die betreffenden Vorstände zu unterstützen hatten.

So erfreulich das Bild im allgemeinen auch ist, so darf nicht verschwiegen werden, daß noch eine große Anstrengung nötig ist, um die Organisationsverhältnisse zur befriedigenden Höhe zu bringen. Noch ist kaum ein Drittel der in Betracht kommenden Arbeiter organisiert. Auch unter den Organisierten ist noch viel Aufklärungsarbeit zu verrichten. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation allein thut's freilich nicht. Vor allem ist ein reges Interesse an allen vorkommenden Angelegenheiten, fleißige Mitarbeit an der Agitation, reger Versammlungsbesuch und so vieles andere dringend notwendig, um den Gewerkschaften diese Macht zu verschaffen, welche ihnen von Rechts wegen zusteht. Die wenigen auserwählten seitenden Personen sind außer stande, diese Herkulesarbeit zu verrichten. Darum Ihr Zeitzer Arbeiter, seid einig und organisiert Euch.

Zeitz, im Juli 1900.

Der Vorstand
des Gewerkschafts-Kartells.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 9. Juli 1900, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Dittenberger.

Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Juli wurde in die Tagesordnung eingetreten.

I. Die Rechnung über die Stiftung des Herrn Stadtrat Keferstein pro 1899/1900 ergiebt in Einnahme 115.30 Mark und in Ausgabe 107.78 Mk. Es ist ein Bestand von 7.52 Mk. vorhanden. Die Entlastung wird erteilt.

II. wird vertagt.

III. Zur Wahl der Mitglieder und Stellvertreter der Voreinschätzungs-Kommission in der Stadt Halle beantragt der Magistrat 71 Mitglieder und 71 Stellvertreter zu wählen. Die Versammlung beschließt demgemäß.

IV. Die Umänderung der Dienstwohnung des Gymnasialdirektors in Klassenräume sowie Mittelbewilligung von 1100 Mark zur Beschaffung von Mobilien und 4300 Mark für Subsellien, zusammen 5400 Mark, werden bewilligt.

V. Die Genehmigung des mit dem Herrn Prof. Fraenkel vereinbarten Entwurfs zur Dienstordnung des städtischen Untersuchungsamtes für ansteckende Krankheiten wird erteilt. Der Stadtv. Emmer meint, man solle allen sich Krankfühlenden gestatten, sich untersuchen zu lassen und Stadtv. Albrecht beantragte, die Untersuchung nicht blos von dem Gutachten der Aerzte abhängig zu machen, sondern auch Naturheilkundige bei der Beurteilung zuzulassen. Man möge endlich einmal aufhören, im Interesse einer gewissen Zunft zu arbeiten. Die Versammlung lehnte den Antrag ab.

VI. Für die telegraphische Verbindung der Polizeiwachen mit den Vororten werden weitere 670 Mark bewilligt.

VII. und VIII. Die Anträge auf Annahme von Legaten zur Erhaltung zweier Erbbegräbnisse werden angenommen.

IX. Das Pachtverhältnis mit dem Buchdruckereibesitzer Paul Schwarz, das Plakatwesen betreffend, läuft nach 20jähr. Dauer am 1. Oktober d. J. ab. Der Magistrat beantragt, das Verhältnis von da ab auf 1 Jahr gegen einen Pachtzins von 400 Mark zu verlängern. Ferner soll auch an Schwarz das öffentliche Plakatwesen von der früheren Gemeinde Gieblichenstein gegen einen Jahrespachtzins von 200 Mark vergeben werden.

X. Der Antrag auf Mittelbewilligung für die Handwerkerschule wird angenommen.

XI. Zur Regulierung einer Strecke in der Kl. Ulrichstraße werden 5100 Mark bewilligt.

XII. Die Anträge auf Erbauung von zwei neuen Volksschulgebäuden riefen eine längere Debatte hervor. Der Magistrat legt die von der Schulkommission zur Ausführung empfohlenen beiden Projekte über Erbauung je einer zwölfklassigen Volksschule an der Frieden- und an der Freiimfelderstraße mit dem Ersuchen vor, die Ausführung zu genehmigen und die hierfür veranschlagten Kosten in Höhe von 167 500 M. bezw. 163000 M., vorbehaltlich der noch vorzunehmenden kalkulatorischen Prüfung der Kostenanschläge, vorschußweise auf Konto Vermögen und mit der Maßgabe zu bewilligen, daß die Mittel zur Deckung dieses Vorschusses in den Etat für 1901 und 1902 eingesetzt werden. Der Referent der Finanzkommission Stadtv. Dr. Keil empfiehlt, die Kosten nur in den Etat für 1901 aufzunehmen, da die 2 Schulen absolut notwendig sind und im Jahre 1902 jedenfalls schon wieder neue Anforderungen auf dem Gebiete der Schule gestellt werden. Stadtv. Bethcke meint, daß die Finanzkommission als die Hüterin des Stadtsäckels wohl überlegt habe, daß die Forderungen groß sind, aber die Schulen müßten gebaut werden und wenn neue Steuern in Aussicht gestellt würden. Stadtv. Albrecht erklärt, es sei nicht zu verwundern, daß man jetzt die neuen Volksschulen fordere. Es sei damals Unrecht gewesen, daß man zur Errichtung der bessern Mittelschulen, die den bessersituierten Klassen zu gute kommen, die Volksschulen genommen und dadurch die Kinder der Volksschulen in wenige Klassen eingedrängt habe. Entweder man hätte damals neue Mittelschulen bauen müssen, oder man muß nun die Volksschulen bauen. Für das Gymnasium habe man doch kürzlich ganz bedeutende Beträge bewilligt, nun möge man auch nach dem Vorschlage der Finanzkommission die Kosten gleich in den Etat für 1901 mit einstellen. Die Versammlung stimmt aber mit 23 gegen 20 Stimmen der Magistratsvorlage zu.

XIII. Die Anträge, den Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Poststraße und dem Kleinen Sandberge betreffend, werden angenommen.

XIV. Für den Maschinen- und Heizungs-Ingenieur wird eine Hilfskraft mit 1800 M. Jahresgehalt eingestellt.

XV. Für den Schlachthof werden zur Erneuerung des Wandputzes der Hilfszellen im oberen Kühlraume 512.55 M. bewilligt.

XVI. und XVII. Zur Anbringung von Doppelfenstern in dem Kinder-Asyl in der Theodor Schmidt-Stiftung und im Siechenhause werden 1152 und 1600 M. bewilligt.

XVIII. Die Vornahme einer baulichen Veränderung im Hause Große Steinstraße 15 wird beschlossen.

XIX. Der Verkauf von Land an den Tischlermeister Gerlach zum Grundstück Große Brunnenstraße 51 a wird angenommen.

XX. Von der Festsetzung einer besonderen Fluchtlinie für den Bechershof wird Abstand genommen.

XXI. Dem Antrage des Magistrats, eine 82jährige Frau in das Hospital aufzunehmen, wird zugestimmt.

XXII. Eine Interpellation, die von mehreren Stadtverordneten unterzeichnet ist, beschäftigt sich mit der am vorigen Montag vom Stadtv. Albrecht erhobenen Beschwerde, die Armenverwaltung gebe nicht korrekt vor rc. Stadtrat Pütter meint, Stadtv. Albrecht habe am vorigen Montag gesagt, die Armenverwaltung habe einer älteren Frauensperson zu wenig Unterstützung bezahlt, derselben die Invalidenrente gekürzt und dieselbe schlecht behandelt. Herr Albrecht habe nachher den Namen genannt und nun sei die Sache untersucht und festgestellt worden, daß der Dienstmagd Amalie Beutler, so heißt die Person, kein Schaden zugefügt worden ist. Die Invalidenrente sei nicht eingezogen worden, sondern der Beutler sei für die Zeit, wo sie im Krankenhause war, nur die laufende Armenunterstützung gekürzt worden. Die Armenunterstützung wird nur als eine Zubuße betrachtet, da die Personen, die solche beziehen, meist nebenbei verdienen oder eine Rente bekommen rc. Die Beutler bekam 9 M. Rente, vor einer Notlage könne also demnach gar keine Rede sein. Nach den eingezogenen Erkundigungen sei die Person eine Querulantin; man möge sich also in Zukunft erst besser informieren und nicht gleich Vorwürfe erheben, die unberechtigt und entschieden zurückzuweisen sind.

Stadtv. Albrecht entgegnet, auf ihn habe die Person nicht den Eindruck einer Querulantin gemacht und er habe auch nicht die Ueberzeugung, daß er unberechtigte Anschuldigungen erhoben habe. Die Person habe nur die Invalidenrente mit der laufenden Armenunterstützung verwechselt. Letztere sei thatsächlich während des Aufenthaltes im Krankenhause gekürzt worden und da möge man doch in Betracht ziehen, daß die Kranke damals auch ihre Wohnungsmiete bezahlen mußte. In einem früheren Falle habe er einmal nachgewiesen, daß einer armen Witwe mit 3 Kindern die Rente entzogen worden ist, und deshalb habe er angenommen, daß das im vorliegenden Falle auch geschehen. Stadtrat Pütter bestreitet, daß die Beutler damals habe keine Miete bezahlen können, da sie ihre Invalidenrente bekommen habe. Er habe die Wahrnehmung gemacht und gehört, daß die Frauen, die sich in solchen Angelegenheiten von Sozialdemokraten Rat geholt haben, kolossal unverschämt aufgetreten sind, was den Frauen bei Wohlthätigkeitsvereinen allerdings nicht zum Vorteil gereiche.

Bürgermeister v. Holly meint, wenn man solche Beschwerde höre, dann möge man sich an die richtige Schmiede wenden und nicht ungerechtfertigte Klagen erheben. Ist es aber dennoch geschehen, so möge man sich mindestens entschuldigen oder bedauern, daß man getäuscht worden ist. Stadtv. Albrecht entgegnet, er sei nicht überzeugt im Unrecht zu sein; ihm gegenüber hätten die Beschwerde führenden Frauen nicht den Eindruck der Unverschämtheit gemacht. Er habe keine Veranlassung, sich zu entschuldigen.

Hiermit hatte die öffentliche Sitzung ihr Ende erreicht. Darauf geschlossene Sitzung.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ In Kladno (Oestreich) wurde der Pfarrer Madera wegen Beleidigung eines sozialdemokratischen Arbeiters zu 10 Kronen Strafe verurteilt.

§ Zur Sozialistenbekämpfung im Gotheländchen. Als ein besonders beachtenswertes Vorkommnis ist das seit Jahresfrist erste Stattfinden einer politischen Volksversammlung in Ilmenau, in welcher Genosse Baudert über die Thätigkeit des Reichstages sprach, zu verzeichnen, nachdem mit Ausnahme von der Stadt Apolda alle sozialdemokratischen Versammlungen im Ländchen verboten wurden. Sollte sich die Regierung es wirklich zu Herzen genommen haben, daß sogar bürgerliche Blätter anläßlich der in Eisenach verbotenen Landtagswahl-Versammlung schrieben; daß infolge verkehrter Verwaltungsmaßnahmen einzelner Personen Zwang und Druck und Rechtsstiftelei, wenn nicht gar Proklamierung der Rechtlosigkeit an der Tagesordnung sei. Wir möchten dies vorderhand noch sehr bezweifeln.

Gewerkschaftliches.

Maurer. Der Ausstand in Wiesbaden ist nach Dauer von 12 Wochen für die Streikenden ergebnislos beendet. Die Unternehmer haben 150 Italiener eingestellt; die Streikenden haben zumeist anderwärts oder andere Arbeit aufgenommen.

Ausland.

Holland. Infolge des Streikes der Schiffsarbeiter ist über Rotterdam der Belagerungszustand verhängt. 250 Mann Soldaten sind eingerückt und zwei Kriegsschiffe liegen im Hafen. In der Stadt selbst blieb es ruhig. Der Bürgermeister erließ eine Proklamation, die die Zusammenrottung von mehr als 5 Personen verbietet.

19.

Apollonius hielt sich, war er daheim, noch immer zurückgezogen auf seinem Stübchen. Der alte Valentin brachte ihm das Essen wie sonst dahin. Es konnte das nicht Wunder nehmen. Das Geschäft hatte sich unter seiner fleißigen Hand vergrößert; es wollte gegen früher mehr als doppelt so viel geschrieben sein. Der Postbote brachte ganze Stöße von Briefen in das Haus. Dazu hatte Apollonius in der letzten Zeit das vorteilhafte Anerbieten des Besitzers angenommen und die Schiefergrube gepachtet. Er verstand von Köln her den Betrieb des Schieferbaues und hatte sich einen frühern Bekannten von daher verschrieben, den er des Faches kundig und im Leben zuverlässig wußte. Seine Wahl erwies sich geraten; der Mann war thätig; aber Apollonius erhielt trotzdem durch die Pachtung einen bedeutenden Zuwachs von Arbeit. Der alte Bauherr sah ihn zuweilen bedenklich an und meinte, Apollonius habe seinen Kräften doch zu viel vertraut. Der jungen Witib fiel es nicht auf, daß Apollonius nur wenig in die Wohnstube kam. Die Kinder, die er öfter zu sich rufen und kleine Dienste verrichten ließ, wobei sie lernen konnten, unterhielten den Verkehr. Und sie konnten bezeugen, daß Apollonius keine Zeit übrig hatte. Sie selber war desto öfter auf seiner Stube: doch nur, wenn er nicht daheim war. Sie schmückte Thüren und Wände mit allem, was sie hatte, und wovon sie wußte, daß er es liebte, und hielt sich ganze Stunden lang arbeitend da auf. Aber auch sie bemerkte die Blässe seines Angesichts, die jedesmal größer geworden schien, seit sie ihn nicht gesehen. Wie sie nun ganz kein Spiegel geworden war, wiegelte sie auch diese Blässe zurück. Sie hätte ihn gern erheitert, aber sie suchte seine Nähe nicht; ihr schien, als ob ihre Nähe das Entgegengesetzte wirke, was sie zu wirken wünschte. Er war immer freundlich und voll ritterlicher Achtung gegen sie. Das beruhigte sie wenigstens über die Furcht, die ihr bei seinem Sichzurückziehen am nächsten lag. Wie sie alle Tugenden, die sie kannte, in ihn hineingestellt wie in einen Heiligenschrein, hatte sie die Wahrhaftigkeit, die ihr die erste von allen war, nicht vergessen. Und so wußte sie, er zwang sich nicht, ihr Achtung zu zeigen, wenn er sie nicht empfand. Er scherzte selbst zuweilen, besonders wenn er ihren Blick ängstlich auf seinem immer bleichern Gesicht haften sah; aber sie merkte, daß trotzdem ihre Gesellschaft ihn nicht heiterer, ihn nicht gesunder machte. Sie hätte ihn gern getragt, was ihm fehle. Wenn er vor ihr stand, wagte sie es nicht; wenn sie allein war, fragte sie ihn. Ganze Nächte sann sie auf Worte, ihm das Geständnis abzulocken, und sprach mit ihm. Gewiß! hätte er sie weinen gehört, gehört, wie immer süßer und inniger sie schmeichelte und bat, die süßen Namen gehört, die sie gab, er hätte sagen müssen, was ihm fehlte. Ihr ganzes Leben war dann auf dem Wege zwischen Herz und Mund; trat es ihr einmal ins Ohr, hörte sie, was sie sprach, dann errötete sie und flüchtete ihr Erröten vor sich selbst und der lauschenden Nacht tief unter ihre Decke.

Dem alten braven Bauherrn vertraute sie ihre Sorge an. „Ist's ein Wunder", sagte er eifrig; „wenn einer anderhalb Jahr lang den Tag sich über Gebühr anstrengt und die Nacht bei Büchern aufsitzt? Dazu die immer steigende Sorge durch den — Gott verzeihs ihm, er ist tot, und von Toten soll man nichts Böses reden — durch den Bruder; am Ende noch der Schreck, der mich drei Tage krank gemacht hat, über den — und wenn seine Witwe dabei ist — ich hab ihn nie besonders leiden können und zuletzt am wenigsten. So ist die Jugend. Ich hab ihn hundertmal gewarnt, den braven Jungen. Und nun noch den vermaledeiten Schieferbruch! Ei was Gewissenhaftigkeit! Das ist keine, der nicht an die Gesundheit denkt." Der alte Bauherr hielt der jungen Witib eine ganze lange Strafpredigt, die einem galt, der sie nicht hörte. Dann kamen sie überein, Apollonius müsse einen Doktor annehmen, wolle er oder nicht; und der Bauherr ging auf der Stelle zu dem besten Arzte der Stadt. Der Arzt versprach sein Möglichstes zu thun. Er besuchte auch Apollonius, und dieser ließ sich des Arztes Bemühungen gefallen, weil die es wünschten, die er liebte. Der Arzt fühlte den Puls, kam wieder und wieder, verschrieb und verschrieb. Apollonius wurde nur noch bleicher und trüber. Endlich erklärte der tüchtige Mann, hier sei ein Uebel, gegen welches alle Kunst zu kurz falle; so tief hinein, als wo diese Krankeit sitze, wirke keines von seinen Mitteln.

Apollonius hatte deshalb den Arzt sich verbeten. Er hatte wohl gewußt: für seine Krankheit gab es keinen Arzt. Wo der Bauher die Ursache davon suchte, lag sie nur zum Teile. Die Ueberanstrengung hatte bloß den Boden für die Schmarotzerpflanze bestellt, die an Apollonius innerem Lebensmark zehrte. In Gemütsbewegungen lag der Keim, aber nicht in denen, die der Bauherr wußte. Nicht in dem Schrecken über des Bruders Unglück, sondern in dem Zustande, worin der Schreck ihn traf. Die ersten Zeichen der Krankheit schienen körperlicher Natur. In dem Augenblick, wo der Bruder neben ihm vorbei in den Tod stürzte, hatten die Glocken unter ihnen zwei geschlagen. Von da an erschreckte ihn jeder Glockenton. Was ihm schwerere Besorgnis erregte, war ein Anfall von Schwindel. Alle Schrecken jenes Tages hatten ihm die Unruhe nicht verdunkeln können, die ihn nicht loßließ, wenn er eine Ungenauigkeit an einer Arbeit gefunden, bis sie beseitigt war. Jeder Glockenschlag, der ihn erschreckte, schien ihm eine Mahnung dazu. Schon am anderen Morgen öffnete er, die Dachleiter in der Hand, die Ausfahrthür. Es war ihm schon aufgefallen, wie unsicher sein Schritt auf der Leitertreppe geworden war. Jetzt, als er durch die Oeffnung die fernen Berge, die er sonst kaum bemerkte, sich wunderlich zunicken sah, und der feste Turm unter ihm zu schaukeln begann, erschrak er. Das war der Schwindel, des Schieferdeckers ärgster, tückischster Feind, wenn er ihn plötzlich zwischen Himmel und Erde auf der schwanken Leiter faßt! Vergeblich strebte er, ihn zu überwinden; sein Vorhaben mußte heut aufgegeben sein.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Serenissimus macht mit seinem Adjutanten eine Luftfahrt im offenen Wagen durch sein Ländchen und hält nach alter, lieber Gewohnheit den Mund weit offen, so daß ein plötzlich eintretender Platzregen ganz respektlos auch die Kauorgane des edlen Herrn benetzt.

„Wollen Serenissimus nicht die Gnade haben und den Mund schließen?" sagte der Adjutant zu dem über die Keckheit des Regens indignierten Landesherrn.

Der Fürst thut dies und — in diesem Augenblick hört der Regen auf.

„Ah — — — hm", sagte Serenissimus, dem Adjutanten beifällig zunickend, „bravo! Es hilft!"

(Simplicissimus.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000711-12/fragment/page=0007

Provinzielles.

An die Parteigenossen!

Die Genossen werden dringend ersucht, bei Arrangierung von Festlichkeiten, sowie bei Ausflügen nur die Lokale zu berücksichtigen, welche uns auch zu Versammlungen zur Verfügung stehen. Es sind dies:

Dölau: Gasthaus zur Dölauer Heide (Herr Langrock).
Friedrichschwerz: Gasthof zu Friedrichschwerz.
Giebichenstein-Halle: Zur Wilhelmshöhe, Burgstraße.
„ „ Schades Schützenhaus, Trotharstraße.
„ „ Zum Mohr, Ecke Burg- und Fährstraße.
„ „ Bauers Felsenkeller, Burgstraße.
„ „ Schmidts Garten, Hohestraße.
Kröllwitz-Halle: Gasthof zum Saalenhof.
„ „ Restaurant zum Birkenwäldchen.
Lettin: Gasthaus zur Erholung (Witwe Zachäus).
Löbejün: Gasthaus zum Schwan (Herr Peuckert).
Nietleben: Gasthaus zur Sonne (Herr Cluß).
Passendorf: Gasthof Stadt Halle (Frau Brömme).
Pratitz-Oppin: Beim alten Ulrich.
Rabeninsel: Zum Jägerheim (Herr Trardorf).
Trotha-Halle: Restaurant zur Sachsenburg.
„ „ Königs Restaurant zum Feldschlößchen.
„ „ Kaffeegarten.
„ „ Roter Adler.

Es wird ersucht, diese Liste auszuschneiden und bei Ausflügen sorgfältig zu beachten.

Diejenigen Wirte, welche Aufnahme in diese Lokalliste wünschen und uns ihre Lokale zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, ihre Adressen an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Der Vertrauensmann
für Halle und den Saalkreis:
Karl Reiwand,
Albrechtstraße 41.

Wettin. In seinem Laden wurde der Schneidermeister Otto Lorenz erhängt aufgefunden.

f. **Zeitz.** Die Wohnungsnot zeitigt wieder einige recht krasse Blüten. In einer Sitzung des hiesigen Gewerkschaftskartells am Donnerstag abend kam es zur Sprache, daß gegenwärtig wieder eine große Anzahl von Familien obdachlos sind, die in Schulen usw. untergebracht wurden. Noch ärger wird es werden, wenn die Schulferien vorbei sind und die Schulräume wieder zum Unterricht benutzt werden. Auch eine große Anzahl von Hauswirten lassen jetzt ihren Uebermut schießen, denn sie wollen freie Wohnungen nur an solche Leute vermieten, die keine Kinder haben. Ein solches Verlangen ist geradezu unmenschlich, denn die Eltern können ihre Kinder doch nicht verstoßen oder umbringen. Was würden diese Wirte sagen, wenn einmal die Zeit kommt, wo Wohnungen nicht knapp sind und die Mieter dann nur in Häuser ziehen würden, deren Besitzer kinderlos sind? Unter den Wirten, die von den Mietern „Kinderlosigkeit" verlangen, soll sich auch ein Stadtverordneter befinden. Die ganze Schuld der Wohnungs-Kalamität trägt das heutige Bauwesen. Häuser mit größeren Wohnungen werden gebaut und es stehen auch solche in Zeitz leer; Häuser mit kleineren Wohnungen, wie solche nur die Arbeiter bei ihrem geringen Verdienst beanspruchen müssen, werden dagegen nur sehr vereinzelt gebaut. Das Kartell beschloß, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher die Wohnungsnot verhandelt werden soll. Zu dieser Versammlung sollen auch die Magistratsmitglieder und die Stadtverordneten eingeladen werden.

Weißenfels. Am Sonnabend wurde hinter der Beuditzvorstadt in den sogenannten Eichbergen an einem Baume in knieender Stellung die fast vollständig in Verwesung übergegangene Leiche eines unbekannten Mannes gefunden und nach der Leichenhalle geschafft. Eine Angabe über das Alter oder eine Beschreibung der Person läßt sich nicht mehr geben. Die Leiche war etwa 1,70 Meter groß und bekleidet mit dunklem Jackettanzuge und Schaftstiefeln. Bei ihr lag ein Gehstock und eine Ledertasche, wie sie Arbeiter tragen. Diese enthielt eine Kaffeeflasche, eine Schnapsflasche, ein Taschenmesser und Frühstück.

Naumburg. Der Widersinn der kapitalistischen Weltordnung wird wieder einmal von dem hiesigen Kreisblatt bescheinigt. Das Blatt schreibt in seinem Marktbericht:

Die Ueberproduktion von Erdbeeren, für die es leider weder Schutzzoll noch Ausfuhrprämie giebt, hatte es an mehreren Markttagen fertig gebracht, daß schon tadellos gute Ware für 20 — zwanzig — Pfennige das Liter verkauft wurde, und das nicht etwa erst nach 11 Uhr, in der Unterhalbstunde des Markttages, in der sonst die Verkäufer in sich gehen und schließlich sagen: Fort mit Schaden, der Profit kommt nach! sondern gleich im Anfange. Selbst die allerbesten Erdbeeren brachten an diesen Tagen nur noch 30 Pfg. für das Liter, ein wahrer Spottpreis für edle Sorten.

Anstatt sich zu freuen, daß infolge des niedrigen Preises auch der ärmeren Bevölkerung der Genuß von Erdbeeren möglich gemacht wird, schlägt man ein fürchterliches Lamento an. Es giebt zuviel der Früchte, Ueberproduktion ist vorhanden — und doch blicken Tausende nach denselben als Dinge, die für sie nicht erreichbar sind!

Osterfeld. Der unter dem Verdachte des Mordes an der Braut des Bergmanns Bastian in Haft genommene Bruder der Ermordeten hat dem Untersuchungsrichter eingestanden, daß er die Mordthat vollführte. Der Schwestermörder führte die That aus Rache aus.

Worbis. „Jugend von heute". Dem Stadtverordneten-Kollegium ist dieser Tage zu Händen des Vorstehers Kiel folgendes Schreiben zugegangen:

„Am 22. d. M. wurde uns die Mitteilung gemacht, daß Sonntags von 3—5 Uhr nachmittags Fortbildungsschule stattfinden soll. Da dies jedoch die schönste Zeit zum Spazierengehen ist, so bitten wir die Herren Stadtverordneten, die Sonntagsschule doch ganz aufzuheben. In der Erwartung, daß die Herren Stadtverordneten unsere kleine Bitte erfüllen, zeichnet sich die gesamte Fortbildungsschule."

Bürgerliche Blätter glauben in diesem allerdings naiven Schreiben eine unglaubliche Unverschämtheit sehen zu müssen. Wir sind jedoch der Meinung, daß es durchaus gerechtfertigt ist, wenn die jungen Leute sich dagegen sträuben, während der einzigen Zeit, die ihnen zu ihrer Erholung bleibt, in der Schule hocken zu sollen. Man mache die Fortbildungsschule obligatorisch und verlege den Unterricht auf die wirkliche Arbeitszeit an den Wochentagen, denn den armen Handwerkslehrlingen, besonders in den diversen Lehrlingszüchtereien, thun einige Stunden in der frischen Luft wahrlich wohl.

Burg. Die moderne Wohnungsnot. Mit welchen Mitteln man in Burg der Wohnungsnot zu steuern vermeint, davon legte eine Gerichtsverhandlung gegen den Tischler M. Zeugnis ab, die nach mehr als einer Richtung hin für die Arbeiterschaft von Interesse ist. Der oben Genannte wohnte seit längerer Zeit, weil er keine Wohnung bekam, im städtischen Armen- und Arbeitshause. Anfang Mai erhielt er vom Amtsgericht einen Strafbefehl auf 8 Tage lautend, die zu verbüßen seien, wenn er sich nicht innerhalb einer bestimmten Frist eine Wohnung verschaffe. Gegen diesen Strafbefehl erhob M. Einspruch, der am 3. Juli zur Verhandlung stand. M. behauptete, daß er sowohl wie seine Frau sich die redlichste Mühe gegeben hätten, in der Stadt wie auf den benachbarten Dörfern ein Unterkommen zu finden. Es sei aber nicht gelungen. Zwei Hausbesitzer aus Detershagen bestätigten dies. Auch der Armenhausvater Reißhaus bekundet, daß M. und seine Ehefrau ihre Schuldigkeit gethan haben. Auch ihm, Reißhaus, sei es nicht möglich gewesen, für M. eine Wohnung in der Stadt aufzutreiben. M. habe um so mehr Ursache gehabt, sich ein Unterkommen zu verschaffen, weil ihm eröffnet sei, daß, wenn er noch länger der Stadt zur Last falle, **er und seine Frau die Straßen mit fegen müßten!** Das nennt man doch eine „gesunde", „zeitgemäße" und „praktische" Wohnungspolitik? Die Unternehmer ziehen Hunderte von Arbeitern nach Burg, die Stadt baut glänzende Kasernen für — Soldaten, das Privatkapital errichtet Häuser mit Offizierswohnungen, und wenn der Proletarier dann keine Wohnung erhält, bekommt er Haft und den Besen. In diesem Falle wurde das Opfer freigesprochen, weil es den vom Gesetz verlangten Nachweis, sich bemüht zu haben, erbringen konnte. Wie aber kann solchen entsetzlichen Zuständen abgeholfen werden? Durch eine gesunde Kommunalpolitik, die nicht nur das Wohl der Herren Hausbesitzer, die unter den jetzigen Verhältnissen goldene Ernten einheimsen, im Auge hat, sondern auch der Arbeiter, der Mieter gedenkt.

Magdeburg. Die Barbiergehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Ein Sittlichkeitsverbrechen verübte ein Mann aus Sudenburg an einem 11—12jähr. Mädchen. Es gelang, den Unhold festzunehmen.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, den 9. Juli.

Ein lockerer Junge. Der 18jährige Klempnerlehrling Adolf Greßler von hier wurde beschuldigt, vom Monat März bis Mitte Mai dem Klempnermeister Hedler, wo er lernte, nach und nach 400 Mk. aus einem verschlossenen Schreibsekretär entwendet zu haben. Der Angeklagte befindet sich in Haft und leugnet die That. Die Beweisaufnahme ergiebt aber, daß er zur Zeit ganz ungewöhnlich hohe Ausgaben gemacht hat, die er mit seinen Einkünften nicht decken konnte. Er machte Vergnügungsreisen nach Leipzig und hielt einige Kameraden frei. Er ist wiederholt bei dem Probieren von Schlüsseln angetroffen worden und wurde schließlich von dem Klempnermeister Hedler, der dem Burschen großes Vertrauen geschenkt hatte, am 2. Pfingsttag fortgeschickt. Man stellte fest, daß er mit den gleichaltrigen Arbeitern Heinicke und Kahle im Walhalla Wein getrunken und beide ganz bedeutend beschenkt hatte. Dem Heinicke hat er eine Weste und Schlipse und dem Kahle ein Paar Schuhe, einen Anzug, einen Ring 2c. gekauft. Angeklagter will sich die verausgabten Gelder von den empfangenen Trinkgeldern gespart haben, was aber vollständig unglaubwürdig erscheint. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf das Leugnen und das hohe Objekt 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Unerwarteten Erfolg mit seiner Berufung als Nebenkläger hatte der Hofmeister Hugo Gerlach aus Köchstedt. Er hatte gegen die Arbeiterfrau Lampe aus Köchstedt Strafantrag wegen Mißhandlung seiner geisteskranken Tochter gestellt und damit erzielt, daß die L. vom Schöffengericht zu 6 Mark Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Diese Strafe war dem Gerlach, der als Nebenkläger zugelassen war, zu niedrig. Frau Lampe hatte dem Mädchen mit ihrem Ledergamtoffel mehrere Schläge auf den Kopf verletzt, weil die Geisteskranke sie öfter belästigt und ihr einmal Prügel angeboten habe. Der Gerichtshof verwarf die Berufung und legte dem Nebenkläger noch die Kosten auf.

Wegen Körperverletzung hatte sich der Dienstknecht Karl Kroll aus Lauchstädt zu verantworten. In einer früheren Verhandlung war er zur Erledigung seiner Sache betrunken erschienen, weshalb er wegen Ungebühr vor Gericht bestraft wurde. Er war am 2. April bei dem Gastwirt Kurth in Lauchstädt, von der Kontrollversammlung kommend, in einen „patriotischen Streit" mit dem 22jährigen Knecht Otto Schatz über Artillerie und Infanterie in Wortwechsel geraten. Von der Zankerei kam es zur Balgerei und dann schließlich zur Schlägerei. Bei dem Hinaustreten aus dem Restaurant versetzte der Angeklagte seinem Gegner ohne weiteres einen Messerstich über das rechte Auge. Das Auge wurde glücklicherweise nicht getroffen, sondern nur das untere Lid verletzt. Der Angeklagte giebt zu, in Erregung und Wut gestochen zu haben; er will aber durch Schatz gereizt worden sein. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, aber der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die Roheit und auf die Vorstrafen wegen Körperverletzung auf 9 Monate Gefängnis.

Zur Erhöhung des Abonnements auf das Volksblatt.

Zeitz. Aus Anlaß der Erhöhung des Abonnementspreises sind aus dem Leserkreise viele Anfragen gekommen darüber, wer von den Geschäftsleuten das Volksblatt abbestellt hat. Wir können darauf mitteilen, daß die Zahl der Abbesteller nur eine geringe ist, allerdings haben wir von manchen der Geschäftsleute eine Abbestellung nicht erwartet. Abbestellt hat der Restaurateur Weber, Stift, Wendischestraße. Ferner haben abbestellt der Bandagist Höxel, Wendischestraße, die Vorkostgeschäfte Ewald am Wasserberg und Sendel in der Wasservorstadt, der Würstchenträger Kresse, Bäckermeister Uhrbach, Rahnestraße 2, Schlächtermeister Herbst, Wasserberg, Gasthof zum Kronprinz, Wasservorstadt. Alle diese Leute wollen also nichts mehr mit den Arbeitern, die heute zu unserer Partei zählen — und die ist doch in Zeitz und Umgegend sehr stark — zu thun haben.

Manche Leute gebrauchen recht wunderliche Winkelzüge, um ihre Abbestellung in ein anderes Licht zu bringen. So behauptet der Würstchenträger Kresse, daß er nur deshalb das Blatt abbestellt habe, weil es für die Städter 1.80 Mk. koste, während auf dem Lande 1.50 Mark gezahlt würden. Das trifft nun auch nicht zu, denn auf dem Lande werden auch 1.80 Mark bezahlt so gut wie in der Stadt, und nur diejenigen, die ihr Blatt bei der Post abholen, zahlen noch für dieses Vierteljahr 1.50 Mark. Das kommt aber nur daher, daß die Post verlangt, daß ihr jede Aenderung mindestens ein Vierteljahr vorher angezeigt wird, damit sie den Preis in die Postzeitungsliste einführen kann. Die Erhöhung des Volksblattpreises wurde aber von den Vertretern des Verbreitungsbezirks erst in den letzten 14 Tagen vor dem 1. Juli beschlossen und da nahm die Post die Preiserhöhung nicht mehr an. So ist der Sachverhalt. Außerdem hat ja auch der Verlag bekannt gegeben, daß er wünscht, daß auch die Postabonnenten ihm die 30 Pfg. per Briefmarken einsenden soll, wie das ja auch von verschiedenen gethan wurde. Also es ist durchaus nicht mit zweierlei Maß gemessen, sondern kommen hier nur die Postbestimmungen in Betracht. Kresse hat aber sein Blatt gleich zu Anfang des Monats abbestellt, während er erst am Donnerstag abend davon erfuhr, daß für die Postabonnenten noch der alte Preis besteht, denn eher, als es im Volksblatt veröffentlicht wurde, konnte er ja davon auch nichts wissen. Alles andere sind also lediglich Ausflüchte. Zudem kommt auch in Betracht, daß der Anzeiger schon seit dem ganzen Jahre seinen Abonnementspreis um 10 Pfg. pro Vierteljahr erhöht hat, da hat sich keiner der Abbesteller daran gestoßen. Wir müssen unsere Genossen und Leser dringend daran ermahnen, daß sie bei ihren Einkäufen und bei ihren Besuchen von Gastwirtschaften diejenigen Leute berücksichtigen, die das Volksblatt haben. Wo es nicht ausliegt, da verlange man das Volksblatt. Alle anderen Parteien machen es so, da muß unsere Partei mit demselben Maße messen.

Eingesandt aus Weißenfels.

Zur Konsumvereinsfrage.

Der Anregung in Nr. 155 des Volksblattes zur Gründung eines Konsumvereins kann nur zugestimmt werden. Denn dieselben Gründe, unter welchen unser seit vorigen Herbst hier angestellter Stadtrat Steinbrück schon im Frühjahre zu seinen 3000 Mk. Gehalt noch eine Zulage von 300 Mark verlangte, dieselben Gründe, teure Mieten und teure Lebensmittel, bestehen auch für die Arbeiter. Sie mögen auch geltend gewesen sein, als das Gehalt unsers Bürgermeisters von 6000 auf 7000 Mark erhöht wurde, wie auch unsere Polizeibeamten im neuen Etat mit Zulagen bis zu 50 Mark für die Nachtwachtleute bedacht worden sind. Wenn nun der Arbeiter ebenfalls versucht, sein Einkommen zu erhöhen, aber im entgegengesetzten Sinne, so kann für den Arbeiter nichts näher liegen, als für sein weniges Geld möglichst gute und billige Lebensmittel zu erhalten. Wir sehen, wie selbst in kleinen Orten in nächster Umgegend Konsumvereine unter Leitung von Arbeitern sehr gut bestehen, warum nicht auch bei uns?

Nehmen wir an, daß sich zirka 500 Mitglieder aus Stadt und Land denselben anschließen, so wäre bei einem Durchschnittsumsatze von 200—300 Mk. pro Jahr ein Umsatz von über **100 000 Mark** gesichert. Bei einem Geschäftsanteile von 30 Mk., welcher durch Einzahlungen von 50 Pfg. aufgebracht und ev. durch Dividenden aufgespart wird, würde der Verein über ein Geschäftsvermögen von 15000 Mark verfügen. Durch Beteiligung an der Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine wären dem Verein auch alle Vorteile des Einkaufs aus erster Hand gesichert.

Warum sollte die weißenfelser Arbeiterschaft nicht auch lernen und für sich Vorteile in Anspruch nehmen? Denn wenn die Dividende auf eine mäßige Höhe festgelegt wird und durch Gutschrift den Mitgliedern aufgespart werden, so kann der Betriebsfonds gesteigert und selbst Vorrichtungen von Produktion z. B. von Back- und Fleischwaren eingerichtet werden. Die immer noch nicht gelöste Lokal- auch ev. Wohnungsfrage kann ihrer Lösung nahe gebracht werden. Die Gutthaben der Mitglieder können als Notfonds zu Zeiten von Arbeitslosigkeit sowohl als in Notfällen, bei Geburts- und Todesfällen, welche Arbeiterfamilien oft auf Jahre hinaus wirtschaftlich lahm legen, gehoben werden und dem Bump bei Krämern entzogen werden. Für letztere wird schon unsere nunmehrige ergänzte Stadtverordnetenversammlung in der Weise Sorge tragen, daß sie, wo es noch fehlen sollte, Gehälter erhöhen und Mittel bewilligen zur Hebung der Konsumkraft unserer Bürgerlichen bewilligen wird, wie z. B. in der Sitzung vom 14. Dezember v. J., in welcher 5000 Mark für die Vermessung eines Bebauungsplans an Herrn Ingenieur Witte bewilligt wurden, für Vermessungen, zu welcher er zwar keinen Auftrag hatte, aber von einigen Stadtverordneten nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters ermuntert worden war mit dem Bemerken, er solle es nur machen, das Geld würde schon bewilligt. Dann wird schon etwas abfallen für die weißenfelser Geschäftsleute, von den Brosamen, welche von der Herren Tische fallen! dt.

Aus dem Reiche.

Kaiserslautern. Der Gemeindeeinnehmer Hartard in Godtheim ist spurlos verschwunden. Die Kasse wies ein Manko auf.

Straßburg. Schnee im Sommer. Die Temperatur ist letzter Tage in ganz Elsaß-Lothringen übermäßig gesunken. Sonntag nachmittag 2 Uhr trat in dem Vogesenstädtchen Rappoldsweiler leichter Schneefall ein.

Darmstadt. Auf verschiedene, bei der Regierung eingegangene Beschwerden, wegen Heranziehung der Landwirte zu einer 14tägigen militärischen Uebung im Monat Juli, hat das Generalkommando zu Frankfurt a. M. diese Uebungen in die Mitte des Monats August verlegt.

München. Ein 17 Jahre alter Zuhälter hatte nachts auf der Theresienwiese seine Geliebte, ein 16¾ Jahre altes Mädchen erstochen, weil sie ihm zu wenig von einem soeben gemachten unsauberen Erwerb ablieferte. Sein Bruder — ebenfalls Zuhälter — und dessen Geliebte waren in der Nähe und hörten das Mädchen um Hilfe rufen, kamen ihr aber nicht zu Hilfe. Ja sie halfen die Ermordete in eine Stellung bringen, daß man annehmen sollte, es sei ein Lustmord begangen worden. Der Mörder erhielt 15 Jahre Gefängnis, sein Bruder 4 Jahre, dessen Geliebte 5¾ Monate.

Quittung.

Für Parteizwecke gingen auf Sammellisten ein:

Serie *. März: Nr. 208 1.45 Mk.
April: 291 leer, 306*, 311 —.20, 324*, 325 1.15, 326 1.50, 327 2.15, 328 —.70, 329—331 leer, 332 2.25, 333*, 377*, 378 3.50, 379 leer, 380 3.10, 381 2.40, 382 —.50, 383 leer, 384 1.—, 385 2.07, 386 —.25, 387 4.—, 388 u. 389 leer, 390*, 391 —.70, 392 leer, 393 —.20, 394 13.95, 395 leer, 396—399*, 400 leer, 401 2.40, 402—404 leer, 405 —.50, 406 1.40, 407 u. 408 leer, 409 —.50, 410—417 leer, 418 —.50, 419 3.60, 420*, 421 1.65, 422 2.—, 423 1.—, 424 —.50, 425 1.50, 426 leer, 427 1.25, 428 —.25, 429 1.50, 430 —.50, 431 —.25, 432 —.25, 433 —.50, 434 3.55, 435 1.—, 436 —.45, 437 8.75, 438*, 439 —.50, 440 leer, 441 6.50, 442 —.50, 443 5.—, 444 leer, 445*, 446 —.60, 447 3.—, 448 leer, 449 —.50, 450*, 451 —.45, 452*, 453 —.30, 454 1.20, 455 —.25, 456 leer, 457 —.50, 458 6.—, 459 —.50, 460 leer, 461 —.50, 462 leer, 463 —.25, 464 —.25, 465 —.50, 466 —.80, 467 u. 468 leer, 469 —.50, 470 —.50, 471 leer, 472 —.25, 473 2.10, 474 —.20, 475 u. 476 leer, 477 —.25, 478 leer, 479 —.50, 480 leer, 481 —.50, 482 —.50, 483 leer, 484 2.85, 485 leer, 486 8.20, 487 1.—, 488 leer, 489 4.70, 490 u. 491 leer, 492—496*, 497 1.—, 498 3.10, 499 2.05.
Juni: 509, 552, 553 leer, 554 —.75, 557 leer, 558 —.60, 559 —.25, 562 leer, 563 1.—, 564 1.30, 566 leer, 567 1.70, 568 leer, 569 —.90, 570 —.70, 571 —.50, 572—594 leer, 595 —.25, 596 —.50, 597 u. 598 leer, 599 1.75, 600 leer, 601 2.15, 602 10.15, 603 —.50, 604 leer, 605 3.15, 606 leer, 607 —.50, 608 leer, 609 —.40, 610 —.50.
Gesamtsumme 158.72 Mk.

Die mit * bezeichneten Listen stehen noch aus und bitte dieselben bald abzuliefern.

M. Güldenberg.

Vom Büchertisch.

Neue Porträts der Genossen Liebknecht und Bebel sind vom photograph. Atelier von Pinkau u. Gehler in Leipzig hergestellt worden. Die Bilder gehören zu den besten, die wir von unseren alten Vorkämpfern besitzen. Dabei ist der Preis auf nur 50 Pf. pro Bild gestellt, also erstaunlich billig. Für den Massen-Vertrieb der Porträts werden noch besonders günstige Rabattbedingungen gestellt. Alle Parteigenossen, die noch kein Bild der beiden ältesten Führer der deutschen Sozialdemokratie besitzen, können sich für geringen Betrag einen passenden Zimmerschmuck verschaffen. Die Bilder sind im Kabinettsformat hergestellt. Auch ausgezeichnete Porträts von Marx, Engels, Lassalle, Jacoby und Singer sind im photographischen Kunstverlag von Pinkau u. Gehler zum Preise von 50 Pf. erschienen. Th.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 41. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die reifende Ernte. — Edwin Markhams Gedicht „Der Mann mit der Hacke". Von R. Theodor. — Die Neutralisierung der Gewerkschaften. Von K. Kautsky. (Fortsetzung.) — Die sozialistische Einigung in Holland. Von W. H. Vliegen. — Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung. Von D. Zinner. — Ein eigentümliches „Gesetz" in der Unfallversicherung. Von Dr. A. Winter. — Notizen: Die Weizen-Welternte. Argentiniens Außenhandelsverkehr. — Feuilleton: Das Verbrechertum im modernen Roman. Von Professor Enrico Ferri (Rom). Autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Thal.

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Swienty in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190007 11-12/fragment/page=0008